

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Mai 2009

**3. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Donnerstag, 14. Mai 2009
im Tell-Saal, Ostermundigen**

Beginn: 17.00 Uhr

Schluss: 21.20 Uhr

Vorsitz:	Bruno Schröter	(EVP)	1
Stimmzähler:	Roger Schär	(parteilos)	1
	Roland Rüfli	(FORUM)	1
Anwesend:	Jacques Biner, Hans-Rudolf Burkhalter, Aziz Dogan, Sarah Gabi Schönenberger (<i>ab 17.25 Uhr</i>), Bruno Hirt, Rudolf Kehrli, Rudolf Mahler (<i>ab 17.45 Uhr</i>), Colette Nova, Norbert Riesen (<i>ab 17.30 Uhr</i>), Liliane Schärer, Jürg-Sven Scheidegger, René Thommen, Christian Zeyer (<i>ab 17.14 Uhr</i>)	(SP/ Grüne/ Gewerk- schaften)	13
	Erich Blaser, Hans-Rudolf Hausammann, Ernst Hirsiger, Lucia Müller, Marianne Landolf, Markus Truog, Beat Weber, Nadine Wegmüller, Thomas Wegmüller, Gerhard Zaugg	(SVP)	10
	Walter Bruderer, Alessandra Mantarro, Madeleine Schenk	(FORUM)	3
	Renate Bolliger (<i>ab 17.10 Uhr</i>), Philippe Gerber, Peter Wagner, Rahel Wagner	(EVP)	4
	Heinz Gfeller, Mirjam Rettore, Peter Wegmann, Michael Werner	(FDP)	4
	Eduard Rippstein, Monika Weibel (<i>ab 17.13 Uhr</i>)	(CVP)	2
			<hr/>
			<u>39</u>

Vertreter des Gemeinderates: Gemeindepräsident Christian Zahler, Synes Ernst, Thomas Iten, Egon Julmi, Ursula Lüthy, Ursula Norton, Aliko Maria Panayides, Urs Rüedi, Regula Unteregger
Gemeindeschreiberin Marianne Meyer

Entschuldigt: **Mitglied des Grossen Gemeinderates**
Marco Blindenbacher

Protokoll: Jürg Kumli, Gemeindeschreiber Stv.

G E S C H Ä F T E

25	P Protokoll-Genehmigungen	Protokoll der 1. Sitzung des GGR vom 22. Januar 2009; Genehmigung	93
26	P Protokoll-Genehmigungen	Protokoll der 2. Sitzung des GGR vom 12. März 2009; Genehmigung	94
27	42.242 Leitungsnetz; Hauptleitungen, Neuerstellung	Obere Zollgasse, Hubelstrasse und Breitweg: Erneuerung der Wasserleitungen - Kreditabrechnung	95
28	42.242 Leitungsnetz; Hauptleitungen, Neuerstellung	Seniorenresidenz „Mitteldorfpark“: Neubau und Ersatz der Wasserhauptleitungen - Kreditabrechnung	96
29	42.242 Leitungsnetz; Hauptleitungen, Neuerstellung	Kinder- und Jugendpsychiatrie UPD Neuhaus: Basiserschliessung Wasser und Abwasser - Kreditbewilligung	97
42.312	Abwasseranlagen; Neuerstellung		
30	10.131 Verwaltungsbericht der Gemeinde	Verwaltungsbericht 2008; Genehmigung	98
31	20.301 Jahresrechnungen	Gemeinderechnung 2008; Genehmigung	113
32	10.375 Einfache Anfragen	Einfache Anfrage Monika Weibel (CVP) betreffend Tagesschule in Ostermundigen - Vorinvestitionen; Begründung und Beantwortung	120
63.665	Jugendarbeit mit Schulen, Kirchen und anderen Verwaltungsabteilungen		
33	10.11 Reglemente Gemeinde	Reglement über die Tagesschulen; Anpassung an übergeordnetes Recht - Totalrevision	122
13.03	Reglemente		
34	13.504 Tagesschulen	Tagesschule: Eröffnung in der Schule Rüti; Bewilligung eines Nachkredits zulasten der Laufenden Rechnung 2009	128
35	10.372 Motionen	Motion FORUM-Fraktion betreffend Ortsplanungsentscheid durch die Stimmberechtigten; Begründung und Beantwortung	131
10.2214	Ortsentwicklung		
36	10.374 Interpellationen	Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Wohnraum für Betagte; Begründung und Beantwortung	136
60.115	Altersfragen		
60.535	Alterssiedlungen		
37	10.374 Interpellationen	Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Tram nach Ostermundigen - Vorinvestitionen; Begründung und Beantwortung	138
10.2013	Tram, BernMobil (SVB)		
38	10.375 Einfache Anfragen	Einfache Anfrage Peter Wegmann (FDP) betreffend Zusammenarbeit mit Berner Feuerwehren; Beantwortung	140
54.102	Regierungsstatthalter		
54.152	Regionale Zusammenarbeit		

39	M Mitteilungen		
	Orientierungen des Gemeinderates		141
	Behörden- und Verwaltungsreform (BVR); Stand des Geschäfts		141
	Zusammenleben in Ostermundigen (ZiO): Von der Vision zu konkreten Massnahmen		141
	Verwaltungszentrum; Stand des Geschäfts		143
	Bernstrasse 31 (alte Post); Sanierung		143
40	10.2011 Bus, BernMobil (SVB)		
10.2013	Tram, BernMobil (SVB)		
	Tram Region Bern: Einsetzung einer nichtständigen Spezialkommission; Antrag SVP-Fraktion vom 14. Mai 2009		145
41	10.372 Motionen		
	Motion CVP-Fraktion betreffend Kostenbewusstsein bei parlamentarischen Vorstössen; parlamentarischer Neueingang		150

Ratspräsident: Ich begrüsse alle Anwesenden zur 3. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Ostermundigen. Speziell heisse ich die politisch interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer und die Pressevertreterinnen und -vertreter willkommen.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist. Es sind momentan **33** Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen des Ratspräsidenten:

- ① Heute nimmt Frau Nadine Wegmüller (SVP) anstelle von Frau Marion Buchser erstmals an der GGR-Sitzung teil.
- ① Gestützt auf Artikel 33 der Geschäftsordnung des GGR nimmt zu Traktandum Nr. 31 (Gemeinderechnung 2008) der Finanzverwalter, Herr Stefan Lanz, an der heutigen Sitzung teil.
- ① Auf den Tischen wurden die folgenden Unterlagen verteilt:
 - 1 Rasierset für Parlamentsmitglieder; Kollektion „Ratspräsident“ - damit inskünftig die Ratssitzungen „sauber und glatt“ durchgeführt werden können.
 - 1 Präsentation „ZiO: Von der Vision zu konkreten Massnahmen“ gehört zu Traktandum Nr. 39 - Orientierungen des Gemeinderates
 - 1 Nachtrag zur Traktandenliste: Geschäft Nr. 40 inkl. aktualisierter Traktandenliste
 - 1 neuer Sitzplan gültig ab 1. Mai 2009
 - 1 neue Adressliste „Parteipräsidentinnen und -präsidenten“ inkl. „Fraktionspräsidentinnen und -präsidenten“
 - 1 Flyer „Bring- und Holtag in Ostermundigen“ am Samstag, 16. Mai im Werkhof
 - 1 Flyer über alles wissenswertes „Freibadsaison 2009“
 - 1 Flyer „WeltEssKultur“ gemeinsam Essen und Kultur aus aller Welt geniessen und das jeden 1. Donnerstag im Monat ab 18.30 Uhr im Hangar (Jugendhaus)
 - 1 Flyer „Tag der Sonne Ostermundigen“ am 19. Mai 2009 ab 17.30 Uhr im TELL
 - Einladung Gemeindeparkerschaftskommission: „Fête la Journée des Saints Frères et Protecteurs de l'Europe Cyrille et Méthode“ am Sonntag, 24. Mai ab 14.00 Uhr auf dem Bundesplatz organisiert von der Bulgarischen Botschaft
- ① Der Treffpunkt für die Teilnehmenden am diesjährigen Ratsausflug ist bereits um 13.15 Uhr beim TELL-Parkplatz.
- ① Im Anschluss an die heutige Sitzung treffen wir uns in der Brasserie TELL.
- ① Die nächste ordentliche Sitzung findet am **2. Juli 2009** statt.

Traktandenliste:

- Traktandum Nr. 37: Die „Einfache Anfrage M. Weibel (CVP) betreffend Tagesschule in Ostermundigen - Anstellungsbedingungen“ wird vor dem Geschäft Nr. 32 „Reglement über die Tagesschulen“ beantwortet.
- Traktandum Nr. 39: Orientierung des Gemeinderates
 - a. Behörden- und Verwaltungsreform; Stand des Geschäfts (Sprecherin: R. Unteregger)
 - b. ZiO: Von der Vision zu konkreten Massnahmen (Sprecherin: U. Norton)
 - c. Verwaltungszentrum; Stand des Geschäfts (Sprecher: Ch. Zahler)
 - d. Bernstrasse 31 (alte Post); Sanierung (Sprecher: E. Julmi)
- Traktandum Nr. 40: Tram Region Bern: Einsetzung einer nichtständigen Spezialkommission; Antrag SVP-Fraktion vom 14. Mai 2009

Stillschweigend fasst der Grosse Gemeinderat den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Traktandenliste wird unter Berücksichtigung der vorerwähnten Ergänzungen genehmigt.

25 P Protokoll-Genehmigungen

Protokoll der 1. Sitzung des GGR vom 22. Januar 2009; Genehmigung

Heinz Gfeller (FDP): Richtigstellung zu meinem Votum auf Seite 20: ... *Die Kostenfolge liegt klar in der Verantwortung des GR. ...*

Colette Nova (Gewerkschaft): Eine sinnstellende Korrektur zu meinem Votum auf Seite 27: *Um einen Verkehr zu erreichen, der unsere Umwelt schont, reicht es nicht aus, nichts gegen Velofahrer zu haben. Hier ist unser Handeln gefragt.*

Ratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Das Protokoll der 1. GGR-Sitzung vom 22. Januar 2009 wird mit bestem Dank an den Verfasser genehmigt.

26 P Protokoll-Genehmigungen

Protokoll der 2. Sitzung des GGR vom 12. März 2009; Genehmigung

Ratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Das Protokoll der 2. GGR-Sitzung vom 12. März 2009 wird mit bestem Dank an den Verfasser genehmigt.

27 42.242 Leitungsnetz; Hauptleitungen, Neuerstellung

Obere Zollgasse, Hubelstrasse und Breiteweg: Erneuerung der Wasserleitungen - Kreditabrechnung

1

Ratspräsident: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Die Diskussion wird nicht gewünscht. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Von der Kreditabrechnung (Konto 520.501.26) über die „Erneuerung der Wasserleitungen Obere Zollgasse, Hubelstrasse und Breiteweg“, abschliessend mit einer Kostensumme von Fr. 496'637.35 (exkl. MWSt.), wird Kenntnis genommen.

¹ Renate Bolliger (EVP) tritt um 17.10 Uhr der Sitzung bei. Neu sind 34 Ratsmitglieder anwesend.

28 42.242 Leitungsnetz; Hauptleitungen, Neuerstellung

Seniorenresidenz „Mitteldorfpark“: Neubau und Ersatz der Wasserhauptleitungen - Kreditabrechnung

Ratspräsident: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Die Diskussion wird nicht gewünscht. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Von der Kreditabrechnung (Konto 520.501.07) über den Neubau und Ersatz der Wasserhauptleitungen in der Mitteldorfstrasse und für die Seniorenresidenz „Mitteldorfpark“, abschliessend mit einer Kostensumme von Fr. 288'147.65 (inkl. MWSt.), wird Kenntnis genommen.

29 42.242 Leitungsnetz; Hauptleitungen, Neuerstellung
42.312 Abwasseranlagen; Neuerstellung

Kinder- und Jugendpsychiatrie UPD Neuhaus: Basiserschliessung Wasser und Abwasser - Kreditbewilligung

Ratspräsident: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Heinz Gfeller (FDP): Hier handelt es sich um eine Notwendigkeit und die FDP-Fraktion unterstützt das Geschäft. Die Standards der Gemeindebetriebe sind auch gegenüber dem Kanton als Bauherr durchzusetzen. Unsere Fragen wurden bereits anlässlich der GPK-Sitzung zufriedenstellend beantwortet.

2

Gerhard Zaugg (SVP): Die Erweiterung und der Ersatz der Werkleitungen sind unbestritten und im Hinblick auf den kommenden Neubau „Gartencenter Wyss“ auch notwendig. Ein Wehrmutstropfen: Die Unterlassungssünden in Unterhalt und in der Instandhaltung der Anlagen unserer Vorgänger macht sich hier einmal mehr bemerkbar.

3

Ratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Für die Erweiterung und den Ersatz der Wasser- und Abwasserleitungen (Basiserschliessung) auf dem Areal der Kinder- und Jugendpsychiatrie UPD Neuhaus wird zu Lasten der Investitionsrechnung ein Kredit von Fr. 550'000.-- (inkl. MWSt.) bewilligt (Wasser = Fr. 306'000.--, Abwasser = Fr. 244'000.--).

² Monika Weibel (CVP): tritt um 17.13 Uhr der Sitzung bei. Neu sind 35 Ratsmitglieder anwesend.

³ Christian Zeyer (SP) tritt um 17.14 Uhr der Sitzung bei. Neu sind 36 Ratsmitglieder anwesend.

Verwaltungsbericht 2008; Genehmigung

Ratspräsident: Wir werden zuerst über die Botschaft und anschliessend kapitelweise über den Verwaltungsbericht debattieren. Über Postulate gemäss Artikel 53 Absatz 3 der GO des GGR hat der Rat sofort abzustimmen.

Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

➤ Zur Botschaft - Beschlussesziffer 2 h)

Madeleine Schenk (FORUM): Das FORUM stellt zuhanden des Parlamentes den folgenden **Änderungsantrag Nr. 1:**

Das Postulat FORUM-Fraktion vom 13. Dezember 2007 betreffend Bernstrasse-West: Verbesserung im Rahmen der Belagssanierung ist nicht abzuschreiben.

Zur Erinnerung:

Unser Postulat wurde noch vor der Volksabstimmung über die „Umgestaltung der Bernstrasse-West“ eingereicht. In der Abstimmungsvorlage hatte die Gemeinde darauf hingewiesen, dass auch bei einer Ablehnung des Projekts die Wasserleitungen und der Strassenbelag sofort erneuert werden müssten.

Die angebliche Dringlichkeit der Sanierung ist nach der Ablehnung durchs Volk weit nach hinten gerutscht und mit ihr die verlangte Begründung. Wir hatten eine kostengünstige Umsetzung des Vorstosses verlangt, z. B. dank Blumen an Kandelabern und an Hausfassaden und/oder auf den Fussgängerinseln.

Im Abstimmungskampf haben die Befürwortenden immer wieder von der nötigen Visitenkarte für Ostermundigen gesprochen. Wir hoffen darum, dass auf diesem Abschnitt in Zusammenarbeit mit der Tiefbauabteilung und „Pro Ostermundigen“ das Erscheinungsbild des Strassenabschnitts rasch verbessert wird. Bis ein Tram fährt, vergehen noch viele Jahre.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Der Gemeinderat sieht vor, die Bernstrasse-West mit dem Einbau des Tramtrasses zu sanieren. Die Sanierung der Werkleitungen wird ebenfalls erst dann vorgenommen. Jetzt kleine Retuschen und anschliessend umfassende Belagssanierungen vorzunehmen, findet der Gemeinderat nicht als angemessen. Die Neugestaltung der Bernstrasse wird im Zusammenhang mit der Trameinführung geschehen. Mit dem Trambau soll im Jahre 2014 begonnen werden.

Aus diesen Gründen empfiehlt der Gemeinderat dem Parlament, das Postulat abzuschreiben.

Walter Bruderer (FORUM): Die Begründung des Gemeindepräsidenten hat mich nicht überzeugt. Wir haben uns klar vor der Volksabstimmung für die Begründung der Bernstrasse eingesetzt. Ich spreche jetzt von einem Betrag zwischen Fr. 3'000.-- und Fr. 5'000.-- und nicht von 1,7 Mio. Franken. Das Tram fährt - wenn überhaupt - voraussichtlich frühestens im Jahre 2017.

Die Kandelaber für die Strassenbeleuchtung können mit ein paar Blumen bestückt werden. Ich bitte das Parlament, auf die Ausführungen des Gemeindepräsidenten nicht einzutreten und das Postulat noch nicht abzuschreiben.

➤ Zur Botschaft - Beschlussesziffer 2 a)

Thomas Wegmüller (SVP): Die SVP-Fraktion hat den Verwaltungsbericht ebenfalls studiert. Wir möchten ein grosses Lob und Dank an die Verfassenden aussprechen. Mit diesem Instrument können einzelne Vorhaben nachgelesen werden. Die SVP-Fraktion kann grundsätzlich unter Vorbehalt der Beschlussesziffer 2 a): Überparteiliche Motion vom 19. Mai 2005 betreffend Vandalismus in Ostermundigen allem zustimmen. Die SVP-Fraktion stellt den folgenden **Änderungsantrag Nr. 2:**

Diese Ziffer ist zu streichen, da diese Aufgabe noch nicht erfüllt ist.

In verschiedenen Teilen des Verwaltungsberichts (Seite 36) können wir lesen, dass auch weiterhin Vandalismus vorhanden ist. Das neuste Beispiel sind die Sprayereien „3072“. Wir möchten von der Arbeitsgruppe ausser der Schadensauflistung auch das, was dagegen unternommen wird, um diesem Missstand entgegen zu wirken? Sind an neuralgischen Punkten die Überwachung mittels Videokameras geplant?

Wenn die Motion abgeschrieben ist, wird der Arbeitsgruppe mitgeteilt, dass sie die Aufgaben gelöst haben und sich auflösen kann. Für die SVP-Fraktion sind die Aufgaben noch nicht erledigt. Wir stellen Vandalismus jeden Tag fest.

Des weitern möchten wir im Zusammenhang mit dem Verwaltungsbericht sowie der Rechnung 2008 und dem GPK-Protokoll ein „unselbständiges Postulat betreffend Personalrekrutierung“ einreichen. In diesen Papieren kann nachgelesen werden, dass die Kosten für die Personalrekrutierungen massiv gestiegen sind (3fach überschritten). Es wird von wiederholten Ausschreibungen und Vorkommnissen berichtet. Es darf nicht der Fall sein, dass die Gemeinde Ostermundigen eine hochqualifizierte Fachspezialistin fürs Personal anstellt und im Nachgang müssen mehrmals Kosten eines externen Beratungsbüros für die Kandidatensuche und -anstellung verbucht werden.

Wir übergeben dem Ratsbüro das

Unselbständiges Postulat der SVP betreffend Personalrekrutierungen

Wortlaut

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, ob die Rekrutierungen und Personalscheide korrekt gemacht werden und der Einsatz einer externen Beraterfirma sinn-

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Mai 2009

voll ist, zumal die Gemeinde über eine eigene Personalabteilung mit entsprechend ausgebildeter Leiterin verfügt und dementsprechend hoch entschädigt. Sind hier Optimierungsmöglichkeiten vorhanden?

Begründung

Die SVP Fraktion stellt im Zusammenhang mit dem vorgelegten Verwaltungsbericht 2008, sowie der Rechnung 2008 und des GPK Berichtes vom 6. Mai 2009 fest, dass sich im Bereiche der Personalrekrutierungen wiederkehrende „Probleme“ vorhanden sein müssen.

In den erwähnten Papieren ist im Bereich Personal/Rekrutierungen zu entnehmen, dass sich die Kosten für Personalrekrutierungen massiv erhöht haben (drei Mal den Budgetbeitrag). Es wird dabei von „wiederholtem Ausschreiben“ oder von „verschiedenen Vorkommnissen“ gesprochen.

Es kann nach unserer Meinung nicht der Fall sein, dass die Gemeinde eine hochbezahlte Fachspezialisten anstellt, um im Nachgang dann; nochmals und mehrmals; Kosten eines externen Beraters berappen muss, um zu einer Kandidatenauswahl und -anstellung zu kommen.

Rahel Wagner (EVP): Wie jedes Jahr ist auch für das Jahr 2008 wieder ein sehr informativer und interessant zu lesender Verwaltungsbericht entstanden. Die EVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat und dem Personal aller Verwaltungsabteilungen ganz herzlich für ihren grossen Einsatz zum Wohl der Ostermündiger Bevölkerung!

Zur Motion „Abfallmerkblatt“ (siehe Seite 38, Ziffer 1.11, Motion Abfallmerkblatt) möchte ich folgendes anmerken: Die überparteiliche Motion für ein Abfallmerkblatt in verschiedenen Sprachen vom 14. Februar 2008 wurde durch die EVP initiiert. Bereits an der letzten Sitzung im Jahr 2008 lag die neue Broschüre vor. Der Ende Jahr wegen Amtszeitbeschränkung zurückgetretene Gemeinderat Thomas Werner hat es sich zum Ziel gesetzt, diese Pendeuz bis zu seinem Ausscheiden zu erledigen. Leider habe ich es versäumt, Gemeinderat Thomas Werner sowie den beteiligten Verwaltungspersonen im Dezember für die rasche Erledigung dieser Motion zu danken. Dies will ich heute nachholen. Es ist eine informative Broschüre in insgesamt 12 Sprachen entstanden. Nun können wir nur hoffen, dass der Inhalt auch beherzigt wird. Die Motion kann selbstverständlich als erledigt abgeschrieben werden. Herzlichen Dank!

4

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Bei der Motion betreffend Vandalismus ist die Meinung nicht die, dass mit der Abschreibung der Motion die Aufgabe erledigt ist. Die Art und Weise wie der Gemeinderat vorgehen will, ist dem Gemeinderat jetzt klar. Es wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, welche regelmässig tagt, die notwendigen Massnahmen einleitet und auch weiterführen soll. Aus diesem Grund ist der

⁴ Sarah Gabi Schönenberger (SP) tritt um 17.25 Uhr der Sitzung bei. Neu sind 37 Ratsmitglieder anwesend.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Mai 2009

Gemeinderat der Auffassung, die Motion abzuschreiben. Die Motion kann nicht aufrechterhalten bleiben, bis es keinen Vandalismus mehr in Ostermundigen gibt.

Der Beschlusseziffer 2 h) möchte ich noch bemerken, dass die Begrünungs- und Verschönerungsmassnahmen entlang der Bernstrasse im Zusammenhang mit der Belagssanierung vorgenommen werden. Zurzeit steht keine Belagssanierung - bis zur Realisierung der Tramlinie - an. Eine separate Verschönerung der Bernstrasse muss beim zuständigen Organ beantragt werden. Aus diesem Grund beantragt der Gemeinderat das Postulat zur Abschreibung.

Zum unselbständigen Postulat betreffend der Personalrekrutierung möchte ich anfügen, dass diese selbstverständlich korrekt durchgeführt werden. Ich nehme an, dass das Parlament die Überlegungen des Gemeinderates interessiert. Eine Beantwortung möchte ich nicht jetzt vornehmen. Der Rat soll das Postulat überweisen und anschliessend können wir dieses Thema in einem separaten Geschäft behandeln.

Gemeinderätin Regula Unteregger (SP): Eine Sanierung der Bernstrasse-West steht nicht an. Wir konzentrieren uns darauf, gewisse Belagsverbesserungen im Interesse der Sicherheit vorzunehmen. Der Gemeinderat konzentriert sich zurzeit auf das Projekt „Tram Region Bern“.

Walter Bruderer (FORUM): Viele Parlamentsmitglieder waren begeistert vom Projekt „Sanierung und Umgestaltung Bernstrasse“ und sahen bereits die gewaltige Aufwertung der Bernstrasse im Abschnitt Unterführung bis Dreieckanlage. Jetzt muss plötzlich das ganze Vorhaben infolge der Tramlinie verschoben werden. Die Begründung und Verbesserung ist Knall auf Fall kein Thema mehr und das Projekt kann ohne weiteres acht Jahre hinausgeschoben werden.

Christian Zeyer (SP): Es besteht natürlich ein Unterschied in der Aufwertung der Bernstrasse, wie sie im Projekt „Sanierung und Umgestaltung Bernstrasse“ vorgesehen war, und dem Aufstellen von ein paar Blumentöpfen sowie etwas an die Beleuchtungskandelaber anhängen. Diese beiden Sachen dürfen wir - Sorry Walter Bruderer - nicht in den gleichen Topf werfen.

5

Ratspräsident: Über das unselbständige Postulat und die eingegangenen Anträge hat der Rat sofort abzustimmen. Ich zitiere das Postulat nochmals:

⁵ Norbert Riesen (SP) tritt um 17.30 Uhr der Sitzung bei. Neu sind 38 Ratsmitglieder anwesend.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Mai 2009

Unselbständiges Postulat der SVP betreffend Personalrekrutierungen

Wortlaut

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, ob die Rekrutierungen und Personalentscheide korrekt gemacht werden und der Einsatz einer externen Beraterfirma sinnvoll ist, zumal die Gemeinde über eine eigene Personalabteilung mit entsprechend ausgebildeter Leiterin verfügt und dementsprechend hoch entschädigt. Sind hier Optimierungsmöglichkeiten vorhanden?

Der GGR fasst mit 32 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Das unselbständige Postulat der SVP-Fraktion vom 14. Mai 2009 betreffend Personalrekrutierungen wird erheblich erklärt und zur Weiterbearbeitung an den Gemeinderat überwiesen.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Mai 2009

Ratspräsident: Über die beiden Änderungsanträge betreffend die Beschlusseziffern 2 a) und 2 h) hat das Parlament im Anschluss an die Diskussion über den Verwaltungsbericht abzustimmen. Jetzt möchte ich die Diskussion über den Verwaltungsbericht abteilungsweise vornehmen.

Walter Bruderer (FORUM): Wie immer möchten wir den sehr informativen Regenbogen-Jahresbericht loben und bestens verdanken. Zu ein paar Ziffern haben wir noch Fragen bzw. Bemerkungen.

- Seite 35 (Motionen und Postulate) - 1.1 Überparteiliche Motion vom 14. Januar 1993 betreffend Kreisel „Chrüzweg“ und Einfahrt „Steingrübli“

Was ist im Hinblick auf die bevorstehende Oberfeld-Überbauung zu welchem Zeitpunkt konkret geplant (→ Neue Siedlungen: Oberer Flurweg, Rütihoger, Hättenberg)?

- Seite 37 (Motionen und Postulate) - 1.5 Volksmotion vom 8. September 2005 betreffend Wildwuchs von Natelantennen

Worauf wartet der Gemeinderat noch, um diese bald vier Jahre alte Volksmotion, die von über 900 Personen unterzeichnet worden ist, zu erfüllen?

- Seite 38 (Motionen und Postulate) - 1.10 Überparteiliche Motion vom 13. Dezember 2007 betreffend Lebensqualität in allen Quartieren

Zur Lebensqualität gehören auch die Postdienstleistungen. Wenn der Gemeinderat annimmt, das ihm bekannte Problem der unterschiedlichen Postzustellung auf der Rüti sei für ihn erledigt, dann täuscht er sich gewaltig. Darum empfehlen wir ihm, das Gespräch mit dem Quartierleist rasch zu suchen und dabei die Interessen der Einwohnenden höher einzustufen als jene der Postdirektion.

- Seite 45 (Motionen und Postulate) - 2.9 Postulat vom 11. September 2008 betreffend Metall-/PET-Entsorgung

Danke für die erbrachten und noch vorgesehenen Leistungen betreffend die Realisierung von unterirdischen Sammelstellen.

- Seite 41 (Motionen und Postulate) - 1.23 Motion vom 30. Oktober 2008 betreffend Zugänglichkeit des 2. Perrons im Bahnhof Ostermundigen

Alessandra Mantarro (FORUM): Ich zitiere den Text im Verwaltungsbericht: *Ende Jahr hat der Bund das Projekt „Tram Region Bern“ in das Agglomerationsprogramm aufgenommen. Das ist eine gute Voraussetzung, um allenfalls den Ausbau der Unterführung... Die Bezeichnung „um allenfalls“ gefällt mir nicht. Wie weit fortgeschritten ist das Projekt „Rollstuhlgängigkeit Perron 2“? Stets wird Werbung für die schöne Wohnlage von Ostermundigen, problemlos erreichbar, gute Einkaufsmöglichkeiten, gute Verkehrserschliessung etc. gemacht. Das Perron 2 ist heute noch für Behinderte nicht zugänglich!*

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Mai 2009

Im Bundesgesetz (Behindertengleichstellungsgesetz) wird klar festgehalten, dass öffentliche Bauten rollstuhlgängig sein müssen.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Ich möchte beim letzten Votum (Bahnhof) mit der Beantwortung beginnen. Der Ausbau der Unterführung hängt mit der Führung der Tramlinie zusammen. Ein Ausbau kommt frühestens mit dem Projekt „Tram Region Bern“ zustande. Das Tram ist der treibende Faktor resp. Taktgeber. Die Motion wurde überwiesen, sie ist jedoch noch nicht als erledigt abgeschrieben. Projekte für den Ausbau der Unterführung wurden ebenfalls bereits zusammen mit den SBB studiert. Der Kostenfaktor liegt bei rund 2 Mio. Franken. Es sollen nicht nur Rollstuhlfahrende, sondern auch Gehbehinderte von der neuen Situation profitieren können. Der Einbau eines Liftes wurde in Betracht gezogen. Lösungen für die Übergangszeit anzubieten, ist relativ schwierig. Der Gemeinderat wird mit der Beantwortung des Vorstosses eingehender auf die Thematik eingehen können.

Zum Votum „Oberfeld“ von Walter Bruderer möchte ich anmerken, dass der Gemeinderat nach wie vor der Überzeugung ist, dass im Zusammenhang mit der Überbauung Oberfeld die Entlastungsstrasse durch die Küntigrube notwendig sein wird. Die Entwicklung des Verkehrs auf der Bernstrasse wird stetig kontrolliert. Mit dem Totalausbau des Oberfelds wird der Bau der Entlastungsstrasse notwendig werden. Die Planung der Entlastungsstrasse wurde bis heute noch nicht in Angriff genommen.

Zum Thema „Natelantennen“ kann im Verwaltungsbericht nachgelesen werden, dass der Bundesgerichtsentscheid noch ausstehend ist. In der Zwischenzeit wurde der Entscheid gefällt und die Natelantennen können gebaut werden. Wir werden demnächst die Motion separat zur Abschreibung vortragen. Die Sachlage wird dann aufgeführt.

Zur „Postzustellung in der Rüti“ möchte ich darauf hinweisen, dass mit dem Bezug der Überbauung „Wohnterrassen“ sich die Post dazu bereit erklärt hat, das Postregime nochmals zu überprüfen (dies bis zur Hauszustellung für sämtliche Haushalte). Der Gemeinderat wird noch in diesem Jahr mit der Post in Kontakt treten. Der GGR wird anschliessend über den Stand des Geschäftes orientiert.

- Seite 38 (Motionen und Postulate) - 1.9 Motion vom 28. Juni 2007 betreffend Schaffung von Attestlehrstellen

Norbert Riesen (SP): Im Namen der rund 500 Petitionärinnen und Petitionären möchte ich danken. Die SP-Fraktion hat mit Freude zur Kenntnis genommen, dass die Gemeinde Ostermundigen ab August 2008 verschiedene Attestlehrstellen geschaffen hat. Mit besonderer Freude nehmen wir ebenfalls von der Attestlehrstelle im Werkhof Kenntnis. Dieses Anliegen gilt ebenfalls für die Zukunft und wir sind selbstverständlich bereit, die Motion abschreiben zu lassen.

Ebenfalls einverstanden sind wir mit der Motion vom 13. März 2008 betreffend gefälligeres Erscheinungsbild (Seite 39 - Kapitel 1.13). Die Haltestellen „Waldeck“ und „Zollgasse“ wurden in der Zwischenzeit saniert. Im Hinblick auf die Tramaktivitäten

und um Goodwill zu schaffen, wären die Haltestellen in den Bereichen „Oberfeld“ und „Rüti“ ebenfalls zu verbessern. Die Gemeinde könnte hier handeln, bevor wieder ein parlamentarischer Vorstoss auf dem Tisch liegt.

➤ Seite 54 (Präsidiales) - Blindenarbeitsplatz

Rudolf Kehrli (SP): Wer von den Anwesenden hat gewusst, dass es auf der Verwaltung diesen besonderen Arbeitsplatz gibt? In der Öffentlichkeit resp. Presse konnte ich keinen entsprechenden Hinweis finden - schade! Die Gemeinde Ostermündigen hat die Gelegenheit verpasst, in der Öffentlichkeit auf dieses positive Auftreten aufmerksam zu machen. In Abwandlung eines Sprichwortes könnte hier erwähnt werden: *Tue Gutes und sprich darüber...*

➤ Seite 51 (Präsidiales) - 2.2.11 Veräusserung der Liegenschaften Untere Zollgasse 8 + 10

Rahel Wagner (EVP): Am 15. Februar 2007 hat der GGR beschlossen, die Liegenschaften Untere Zollgasse 8 + 10 an ein Gewerbekonsortium von in der Gemeinde ansässigen Firmen zu verkaufen. Im Verwaltungsbericht heisst es, dass bis Ende 2008 der Abschluss des Kaufvertrages noch hängig ist. Die EVP hat folgende Fragen:

- Ist der Kaufvertrag nun abgeschlossen?
- Weshalb verzögert resp. verzögerte sich der Abschluss so lange?

6

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Der Verkauf der beiden Liegenschaften wurde vom Parlament beschlossen. Der Käuferschaft wurde zugesichert, dass der Vertrag erst rechtskräftig wird, wenn sie tatsächlich bauen können. D. h. die Bauherrschaft muss zuerst ein Bauprojekt erarbeiten. Dabei musste auf die schützenswerten Gebäude besondere Beachtung geschenkt werden und die kantonale Denkmalpflege musste einem Abbruch vorgängig zustimmen. Mittlerweile liegt die Baubewilligung vor. Der Kaufvertrag wurde von allen Parteien unterzeichnet. Mit den Abbrucharbeiten sollte gemäss Bauherrschaft im Juni 2009 begonnen werden.

Dem Votum von Rudolf Kehrli zum „Blindenarbeitsplatz“ möchte ich anfügen, dass es sich hier um einen parlamentarischen Auftrag handelte. Auf grosse Werbung hat der Gemeinderat bewusst verzichtet. Die Anstellung erfolgte nicht als Folge der Blindheit der Person, sondern da diese Person die besten Voraussetzungen für den Job belegen konnte. Die gewählte Stellenbesetzung hat bis heute nur zu lobenden Feedbacks geführt.

⁶ Rudolf Mahler (SP) tritt um 17.45 Uhr der Sitzung bei. Schlussendlich sind 39 Ratsmitglieder anwesend.

- Seite 67 (Bildung, Kultur, Sport) - 1.1 Reglement über die Schulorganisation

Philippe Gerber (EVP): Im letzten Jahr haben wir hier im Rat über das total revidierte Reglement debattiert und diesem letztendlich auch zugestimmt. Wie schon mehrmals darauf hingewiesen, hat die Schülerschaft von Ostermundigen nach wie vor keine Möglichkeit, eine Spez-Sekundarschule zu besuchen. Mit Schrecken habe ich von diversen Eltern aus Ostermundigen vernommen, dass - obwohl das revidierte und vom Parlament genehmigte Reglement per 1.1.2009 in Kraft getreten ist - es nach wie vor nicht möglich ist, eine solche Spez-Sekundarklasse zu besuchen.

Auf meine Nachfrage hin wurde mir mitgeteilt, dass es sich hier nicht um einen direkten Auftrag an die Verwaltung handelte. Für mich ist die Auskunft juristisch verständlich. Doch wenn alle Möglichkeiten, die das Reglement zulässt, nicht vollzogen werden, dann hätten wir hier in Ostermundigen gar keinen Schulbetrieb. Mich erstaunt, dass ein Anliegen des Parlamentes, welches grossmehrheitlich angenommen worden ist, mit Füßen getreten wird. Fazit: Der Gemeinderat sowie die Abteilung Bildung, Kultur, Sport wollen keine Spez-Sekundarschule in Ostermundigen.

- Seite 67 (Bildung, Kultur, Sport) - 1.3, Elternabende für Fremdsprachige

Rahel Wagner (EVP): Das Departement Bildung, Kultur, Sport hat vier spezielle Informationsabende für Eltern aus andern Kulturen durchgeführt. Albanisch, serbisch, tamilisch und türkisch sprechenden Eltern wurde damit eine nicht selbstverständliche Gelegenheit geboten, sich über verschiedene Aspekte der Schule zu informieren. Wie es im Verwaltungsbericht heisst, wurden die Anlässe leider nur schwach besucht.

Ich kann meine Enttäuschung, die auch mit einem gewissen Ärger verbunden ist, nicht verhehlen. Da wird viel Zeit und Geld investiert, um ausländischen Eltern sprachlich und kulturell entgegen zu kommen und ihnen Informationen zu geben, welche für sie und ihre Kinder wichtig sind. Ich sage ganz ehrlich, dass ich von diesen Eltern ausdrücklich erwarte, dass sie solche Anlässe besuchen. Wenn das Departement Bildung, Kultur, Sport gedenkt, weitere solche Informationsabende anzubieten - was ich unterstützen würde - dann mit der Auflage, dass diese für die Eltern obligatorisch sind. Gemäss Art. 31 Abs. 2 des Volksschulgesetzes sind Schulkommission, Schulleitung, Lehrerschaft und Eltern gegenseitig zur Zusammenarbeit verpflichtet. Meine Frage: Gibt es allgemein Sanktionsmöglichkeiten für Eltern, welche nicht an Elternabenden erscheinen?

Gemeinderat Thomas Iten (SP): Zuerst möchte ich das Votum „Schulreglement“ beantworten. Philippe Gerber und ich haben uns letzte Woche zu einem Gespräch getroffen. Für den Gemeinderat und mich ist der Auftrag klar. Wir können gemäss dem neuen Schulreglement Spez-Sek-Klassen anbieten. Dafür wird ein expliziter Auftrag seitens der Legislative an den Gemeinderat erforderlich. Alsdann wird der Gemeinderat tätig und wird zuhanden des GGR eine entsprechende Botschaft verfassen.

Dem Votum von Rahel Wagner zu Artikel 31 des Volksschulgesetzes möchte ich anfügen, dass wir den Versuch mit „obligatorisch“ und nicht obligatorisch an je einem Elternabend durchgeführt haben. Die Besuchsrsonanz war an beiden Abenden in etwa die Gleiche. Sanktionsmöglichkeiten bestehen jedoch nicht in Bezug auf Elternabende. Momentan klären wir ab, wie wir besser an die Eltern herantreten können. Ein Vorschlag geht dahin, nicht Elternabende durchzuführen, sondern diese Zusammenkünfte jeweils am Samstag Morgen zu veranstalten.

Elternabende, welche von den Klassen organisiert werden, sind zu besuchen (obligatorisch). An diesen Abenden können die besseren Besuchsfrequenzen festgestellt werden. Das Ganze ist jedoch sehr zeitaufwändig. Pro Sprache ist ein Abend zu organisieren. Bis heute wurden vier verschiedene „Sprachabende“ durchgeführt. Wenn das Abfallmerkblatt als Sprachbasis dient, so müssten 11 verschiedene Abende organisiert werden.

➤ Seite 90 (Hochbau) - 4.1 Schulanlage Mösli

Christian Zeyer (SP): Ein Lob gebührt der Gemeinde das Energie und Umwelt als Querschnittsaufgabe wahrgenommen werden. Überall können sich die Bürgerinnen und Bürger über die Umwelt sowie die Energie ins Bild setzen.

Ich habe festgestellt, dass in der Schule Mösli eine Aussenwand frisch gestrichen worden ist. Wurde diese Wand gleichzeitig auch isoliert? Ich hoffe es, ansonsten wäre gegen die Motion „Ostermundigen baut energiegerecht“ vorgegangen worden.

Ein Anmerkung möchte ich noch zum Thema „Strassenbeleuchtung“ anbringen. Es sollte nicht nur über die Kosten, sondern auch über die Effizienz berichtet werden. Ich würde mich freuen, wenn im nächsten Verwaltungsbericht etwas zu diesem Thema verfasst wird.

Gemeinderat Egon Julmi (FDP): Die Schulanlage Mösli wurde vor 10 Jahren saniert. Jetzt mussten diverse Arbeiten aufgefrischt werden. Malerarbeiten alleine berechtigen nicht, energiemässige Massnahmen von Beginn an umzusetzen. Die erforderliche Kreditsumme könnte nicht mehr über den „normalen Unterhalt“ verbucht werden.

Christian Zeyer (SP): Ich bin mit der gemeinderätlichen Antwort nicht ganz einverstanden. Wenn eine Wand saniert werden muss, ist primär die Dämmung zu kontrollieren. Zusammen mit einem Neuanstrich soll wo nötig auch neu gedämmt werden. Es wäre unverständlich, wenn eine Gemeinde gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nicht mit gleicher Elle misst. Die Gemeinde hat die Vorbildfunktion wahrzunehmen!

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Mai 2009

Gemeinderat Egon Julmi (FDP): Die Schulanlage wurde vor 10 Jahren saniert. Wir haben lediglich Auffrischungsarbeiten durchgeführt. Diese haben nichts mit einem Grossauftrag zu tun.

➤ Seite 110 + 111 (Gemeindebetriebe) - 2.1 WVRB AG / 2.2.1 Hochzone Rüti

Walter Bruderer (FORUM): Auf den Seiten 110 und 111 wird über den Wasserverbund (WVRB) berichtet. Es ist interessant zu erfahren, was er alles plant. Im Vorfeld der Genehmigung des reorganisierten WVRB ist mitgeteilt worden, es sei nötig, alle sogenannten A-Anlagen (z. B. Reservoirs und Quellen) von den Verbundgemeinden zu übernehmen und nur noch die riesigen, bereits vorhandenen Wasserreserven vom WVRB zu nutzen. Die Statistik auf Seite 112 zeigt aber, dass immer noch viel Wasser für Ostermündigen von Stettlen/Vechigen und von Muri her kommt. Meine Frage: Sind diese drei Gemeinden jetzt auch Mitglied des WVRB?

Mich interessieren die Jahresberichte vom WVRB und eine Aussage im Verwaltungsbericht auf Seite 111. Angeblich besteht jetzt gegenüber dem Anlagenzeitwert eine massive Unterdeckung und es seien gewaltige Investitionen und Tarifanpassungen zu erwarten. Vor dem Beitritt von Ostermündigen zum reorganisierten WVRB hatte ich mit mehreren Sachfragen versucht - leider vergeblich - auf die problematische Ausgangslage bei der Übernahme der vielen, teilweise sehr alten A-Anlagen (vorab von Bern) aufmerksam zu machen.

Auf Seite 111 wird über die „Hochzone Rüti“ berichtet. Sämtliche Rüti-Liegenschaften hätten neue Wasserzuleitungen erhalten und alle Druckerhöhungsstationen seien demontiert. In der Kohler-Siedlung der Rüti, wo ich wohne, sind die Arbeiter erst jetzt daran, die neuen Wasserleitungen zu verlegen und die Pumpen sind noch in Betrieb. Wieso wird im Verwaltungsbericht 2008 von „bereits erledigt“ berichtet?

Gemeinderat Synes Ernst (CVP): Die WAVEST-Gemeinden Vechigen, Stettlen sowie die Gemeinde Muri sind Kandidaten für einen WVRB-Beitritt. Die Gespräche werden momentan geführt. Ein Beitritt kann frühestens per 1.1.2011 vorgenommen werden. Die Gemeinden müssen den Wert ihrer Anlagen belegen. Die notwendigen WVRB-Verträge müssen durch Parlament und Gemeindeversammlung genehmigt werden. Diese Vorgänge benötigen eine Zeitspanne bis ins Jahr 2011.

Die Jahresberichte des WVRB habe ich bestellt und jeder Fraktion wird demnächst ein Exemplar zugestellt.

Die bevorstehenden Investitionen werden geprüft und ein Ausbau in Richtung Norden (Grenchen) wird in Betracht gezogen. Auch der Ausbau der Wasserfassung in Aeschau (für das Gebiet Thun) wird in Erwägung gezogen. Die entsprechenden Projekte werden momentan in die Wege geleitet. Die SBB beabsichtigen die Eisenbahnbrücke über die Aare auf vier Spuren auszubauen. Die Arbeiten müssen bis ins Jahr 2014 ausgeführt werden. Der Brunnen 1 zwischen der Autobahn und der Eisenbahn muss erneuert werden. Diese Investitionen werden Auswirkungen auf die Tarife bewirken.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Mai 2009

Der Finanzplan des WVRB wird momentan angepasst. Die Gemeinden können die Investitionen zu ihren Lasten darin nachlesen.

Die Frage zur Anlage kann ich jetzt nicht beantworten. Bis heute konnte ich erst einer Verwaltungsratssitzung beiwohnen. Eine Antwort werde ich Walter Bruderer noch bilateral zu stellen.

➤ Seiten 140/141 (Öffentliche Sicherheit) - 7.4.1 Zuwachs und Abgänge

Walter Bruderer (FORUM): Die Seiten 140 und 141 liefern interessantes über die Zusammensetzung der Bevölkerung. Von 15'308 Einwohnern waren Ende 2008 23,2 % Ausländerinnen und Ausländer. Wer die Mutationen analysiert, stellt fest, dass fast 40 % des Bevölkerungszuwachses auf Ausländerinnen und Ausländer zurückzuführen ist. Bei den Gestorbenen beträgt der Ausländeranteil nur 6,4 %. Der Anteil der ausländischen Schulkinder hat in Ostermundigen bereits 2007 32,4 % betragen.

Warum mache ich - obschon ich nichts gegen Ausländer einzuwenden habe - darauf aufmerksam? Erstens gibt es Einwohnende, die angeblich wegen des hohen Ausländeranteils in den Schulen von Ostermundigen weggezogen sind. Zweitens die nötige und rasche Integration von Ausländerinnen und Ausländer in die schweizerische Gesellschaft könnte immer schwieriger werden. Wir sollten nicht eines Tages mit radikalen bzw. militanten Ausländergruppen zu tun haben, die wie z. B. in Deutschland, wo sie gefordert hatten, dass die Vorlesungen nicht mehr in deutscher, sondern in ihrer Muttersprache (im konkreten Fall türkisch) stattfinden müssten. In Ostermundigen könnte es für Militante z. B. ein Ziel sein, es müssten separate Klassen für Kinder geführt werden, deren die Eltern gar nicht Deutsch lernen wollen.

Ich berichte hier als sogenannter „Vorwarner“ und möchte, dass sich der Gemeinderat dieser Ausgangslage bewusst wird. Der Bundesrat hat bereits davon gesprochen, die Einführung von Kontingenten für EU-Bürgerinnen und -bürger zu prüfen.

➤ Seite 140 (Öffentliche Sicherheit) - 7.3.1 Feuerungskontrollen (Öl)

Christian Zeyer (SP): Öl- und Gasheizungen werden kontrolliert und statistisch festgehalten. Im Verwaltungsbericht wird keine Statistik über Holzfeuerung, Cheminées etc. geführt. Was läuft in diesem Bereich ab. In der Stadt Bern wurden erst kürzlich Kontrollen durchgeführt und in rund der Hälfte der Fälle musste festgestellt werden, dass in diesen Feuerungsanlagen Abfälle illegal verbrannt werden. Die Entstehung von Dioxin, Schwermetallimmissionen etc. ist problematisch. Was läuft in der Gemeinde Ostermundigen diesbezüglich ab?

Gemeinderätin Ursula Norton (EVP): Dem Votum von Walter Bruderer möchte ich anfügen, dass mit dem Projekt „ZIO“ (eine entsprechende Information werde ich noch unter Traktandum Nr. 39 abgeben) erste Massnahmen geplant und bereits umgesetzt worden sind, um ein gutes Zusammenleben resp. eine gute Integration zu erreichen.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Mai 2009

Christian Zeyer möchte ich empfehlen, seine Frage direkt bei der Verwaltung einzubringen. Ich kann zu den Holzfeuerungsanlagen keine Aussagen abgeben.

➤ Seite 174 (Vormundschaft/Justiz) - 6.6.6.1 Spraywand

Renate Bolliger (EVP): Die Spraywand entlang des Oberfeldweges hat sich in den letzten Jahren gut etabliert. Was passiert mit dieser Spraywand, wenn der ehemalige Schiessplatz resp. das Oberfeld überbaut werden - ist bereits ein Ersatzstandort vorgesehen?

Gemeinderat Urs Rüedi (SVP): Die Jugendkommission hat das Problem erkannt und den Fachausschuss für Bau und Umweltfragen (FABU) um Mithilfe bei der Suche nach einem Ersatzstandort gebeten. Momentan liegen drei Standorte zur Evaluation vor. Der neue Standort kommt nicht mehr in überbautem Gebiet zu liegen.

Ratspräsident: Zum Verwaltungsbericht 2008 liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Der Rat kann über den gemeinderätlichen Beschluss positionsweise abstimmen. Ich lese den entsprechenden Beschlusstext nochmals vor.

A b s t i m m u n g :

➤ Die Beschlussesziffer 1 wird unverändert einstimmig genehmigt.

Ratspräsident: Für die Beschlussesziffer 2 a) liegt der **Änderungsantrag Nr. 2** der SVP-Fraktion vor.

Diese Ziffer ist zu streichen, da diese Aufgabe noch nicht erfüllt ist.

A b s t i m m u n g :

➤ Der Änderungsantrag Nr. 2 zu Beschlussesziffer Nr. 2) der SVP-Fraktion wird mit 17 zu 14 Stimmen abgelehnt.

➤ Die Beschlussesziffern Nr. 2 b) bis 2 g) werden alle einstimmig genehmigt.

Ratspräsident: Für die Beschlussesziffer 2 h) liegt der **Änderungsantrag Nr. 1** der FORUM-Fraktion vor.

Das Postulat FORUM-Fraktion vom 13. Dezember 2007 betreffend Bernstrasse-West: Verbesserung im Rahmen der Belagssanierung ist nicht abzuschreiben.

A b s t i m m u n g :

- Der Änderungsantrag Nr. 1 zu Beschlussesziffer 2 h) der FORUM-Fraktion wird mit 18 zu 14 Stimmen angenommen.
- Die Beschlussesziffer 2 i) wird einstimmig genehmigt.

Ratspräsident: Das Parlament hat noch die Schlussabstimmung über den aktualisierten Beschlusstext vorzunehmen. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Der Verwaltungsbericht für das Jahr 2008 wird genehmigt.
2. Gestützt auf den Bericht über den Stand der unerledigten Motionen und Postulate per 31. Dezember 2008 und aufgrund von Artikel 53 Absätze 8 und 9 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vom 26. Oktober 2000 werden folgende parlamentarische Vorstösse als erledigt abgeschrieben:
 - a. Überparteiliche Motion vom 19. Mai 2005 betreffend Vandalismus in Ostermundigen;
 - b. Motion der SP-Fraktion vom 23. Juni 2005 betreffend Massnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit;
 - c. Motion der SVP-Fraktion vom 26. Oktober 2006 betreffend Verfassen eines Reglementes über die Verwendung der Einnahmen aus der Abschöpfung von Planungsvorteilen;
 - d. Motion der SP-Fraktion vom 28. Juni 2007 betreffend Schaffung von Attestlehrstellen;
 - e. Überparteiliche Motion vom 14. Februar 2008 betreffend Abfallmerkblatt in verschiedenen Fremdsprachen;
 - f. Motion der SP-Fraktion vom 13. März 2008 betreffend gefälligeres Erscheinungsbild der Gemeinde Ostermundigen: Sanierung von 2 Bushaltestellen als Sofortmassnahme;
 - g. Motion FDP-Fraktion vom 22. Mai 2008 betreffend Durchführung von „Donnschtig-Jass“ in Ostermundigen;
 - h. Postulat FORUM-Fraktion vom 11. September 2008 betreffend Metall- und PET-Entsorgung.

3. Das Postulat SVP-Fraktion vom 14. Mai 2009 betreffend Personalrekrutierung wird erheblich erklärt und zur Weiterbearbeitung an den Gemeinderat überwiesen.

Gemeinderechnung 2008; Genehmigung

Ratspräsident: Der Geschäftsablauf sieht vor, zuerst über die Botschaft im Allgemeinen und anschliessend über die Rechnung 2008 departementsweise zu diskutieren. Über Postulate gemäss Artikel 53 Absatz 3 der GO des GGR hat der Rat sofort abzustimmen.

Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Walter Bruderer (FORUM): Selbstverständlich freuen wir uns, dass die Rechnung besser abgeschnitten hat als budgetiert. Wir stimmen dem Geschäft zu. Beim Studium der interessanten Botschaft haben wir festgestellt, dass dieses Rechnungsergebnis in mehreren, offensichtlich schwer beeinflussbaren Gebieten nur Zufallscharakter hat und zwar auf der Aufwand- wie zum Glück auch auf der Ertragsseite. Die Einflüsse von Abrechnungen von Kanton und Dritten sind von Jahr zu Jahr gar nicht sinnvoll vergleichbar, weil ins Gewicht fallende Regelungen geändert werden oder nicht kalenderjahrbezogen abgerechnet wird.

Wir möchten es nicht unterlassen, allen in der Gemeinde zu danken, die an ihrem Arbeitsplatz selber zum guten Rechnungsergebnis beitragen. Ein paar Fragen habe ich vorgängig mit dem Finanzverwalter geklärt.

Ernst Hirsiger (SVP): Die SVP-Fraktion nimmt die Rechnung 2008 zur Kenntnis und dankt der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Wir freuen uns am Ergebnis. Es ist in Ostermündigen bereits Tradition, dass die Jahresrechnungen jeweils besser als die rabenschwarzen Finanzpläne und Voranschläge ausfallen. Dieser Sachverhalt ist grundsätzlich erfreulich, gibt jedoch bei der SVP-Fraktion zu einigen Fragen Anlass.

Seit ich hier im Rat sitze, fällt die Rechnung stets besser aus als budgetiert. Das Eigenkapital wächst langsam jedoch kontinuierlich an. Wir haben zurzeit ein Eigenkapital von sieben Steuerzehnteln. Die SVP ermutigte den Gemeinderat schon seit längerer Zeit, eine Steuerfussenkung zu überprüfen. Das Rechnungsergebnis 2008 gibt uns die Gelegenheit, den Gemeinderat auf diesen Sachverhalt nochmals hinzuweisen. Eine Senkung um einen halben Steuerzehntel scheint uns machbar und für das nächste Rechnungsjahr 2010 angebracht zu sein. Diese Senkung würde dem momentanen Ertragsüberschuss entsprechen.

Die Senkung hätte auf den Steuerrechnungen der Bürgerschaft keinen grossen Einfluss. Das wäre mehr ein symbolischer Akt und ein positives Zeichen in einer Zeit, wo die Kaufkraft der Bürgerschaft prozyklisch geschwächt (steigende Krankenkassenprämien, BVG-Prämien, Sanierung der ALV etc.) wird. Es wäre auch ein Zeichen an unsere Nachbargemeinden: Ostermündigen bewegt sich und probiert etwas aus! Ein Steuerfuss ist aus der Sicht der SVP-Fraktion keine fixe Grösse. Dieser kann sowohl nach oben, wie nach unten korrigiert werden. Heute wollen wir den Input an den Gemeinderat weiterleiten, eine Steuersenkung um einen halben Steuerzehntel zu

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Mai 2009

überprüfen. In den Nachbargemeinden sind die Finanzergebnisse viel besser. Wir machen, was möglich ist und glauben daran, dass unsere Finanzen im Lot bleiben - auch wenn wir etwas Mut zeigen.

Der Personalaufwand ist uns ebenfalls aufgefallen. Dieser ist gegenüber dem Vorjahr um 6,5 % angestiegen. Der Personalaufwand steigt Jahr für Jahr aus diversen Gründen kontinuierlich an. Speziell ist der SVP-Fraktion der Posten „übriger Personalaufwand“ ins Auge gefallen. Hier liegt eine massive Kostenüberschreitung vor, welche in der Botschaft begründet wird. Dieser Sachverhalt gibt zu Überlegungen Anlass, ob nicht sektoriell Personalprobleme existieren, welche überprüft werden müssen. Vielleicht kann uns der Gemeinderat eine entsprechende Auskunft erteilen.

Erfreulich ist die Tatsache, dass die Spezialfinanzierung „Abfallbewirtschaftung“ sehr gesund ist und dass das Kehrtraktfahrzeug aus dem Jahre 2005 auf einen pro Memoria-Posten von Fr. 1.-- abgeschrieben werden konnte. Ich möchte mein PW auch innerhalb von fünf Jahren auf Nullfranken abschreiben können! Warum dieser Hinweis? Vor nicht allzulanger Zeit haben wir das neue Abfallkonzept im GGR verabschiedet. Bürgerinnen und Bürger mussten diese bittere Pille schlucken. Die Kehrtraktorsorgung ist in den letzten Jahren teurer und die Dienstleistungen gleichzeitig schlechter geworden. Die SVP-Fraktion ist der Auffassung, dass bei dieser positiven Entwicklung etwas an die Bevölkerung zurück gegeben werden sollte. Vielleicht könnte die Metallabfuhr wieder vermehrt durchgeführt werden. Der Gemeinderat wird uns dazu sicher einige Hinweise abgeben können.

Die SVP-Fraktion empfiehlt dem Parlament die Rechnung 2008 zur Genehmigung.

Philippe Gerber (EVP): Auch die EVP-Fraktion befürwortet die Genehmigung der Gemeinderechnung. Wir möchten der Finanzverwaltung für die geleisteten Arbeiten bestens danken. Uns ist aufgefallen, dass der Personalaufwand in den letzten beiden Jahren um über 10 Prozent angestiegen ist. Ebenfalls sind die vielen Investitionen zu berücksichtigen. Dieser Aspekt ist besonders im Zusammenhang mit einer Steuersenkung zu beachten. Es ist wichtig, dass alle Leute Arbeit haben, d. h. wir müssen investieren. Die Firmen in Ostermündigen sind auf Arbeit angewiesen. Lieber jetzt Geld ausgeben und wenn das Geld wieder in den Portemonnaies der Bürgerinnen und Bürger ist, kann über eine Steuersenkung debattiert werden. Die momentane Rechnung sieht nicht so schön aus. Wer weiss, ob im nächsten Jahre diese Erträge wiederum eintreffen? Eine Steuersenkung ist momentan noch nicht angemessen. Der Gemeinderat soll auf seiner Linie bleiben und die vorhandenen Angebote durchführen.

Peter Wegmann (FDP): Die vorliegende Rechnung präsentiert sich „prima vista“ als erfreulich und verheissungsvoll und ich danke namens unserer Fraktion dem Gemeinderat und insbesondere Stefan Lanz für die einmal mehr vorzüglich erarbeitete Botschaft.

Trotzdem erlaube mir - quasi als Einleitung - das zu wiederholen, was ich bereits vor zwei und drei Jahren hier gesagt habe: „Eine Schwalbe macht noch keinen Som-

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Mai 2009

mer!“ Das positive Resultat präsentiert sich nämlich als trügerisch und verfänglich. Ich verweise diesbezüglich auf folgende wichtige Merkmale und Sachverhalte, die unbedingt richtig wahrgenommen werden müssen:

Die steuerlichen Erträge von natürlichen Personen sind praktisch analog dem Vorjahr angefallen. Wenn man diese Steuererträge rückblickend auf die letzten fünf Jahre teuerungsbereinigt in Betracht zieht, obliegt aber effektiv eine Abnahme um rund 12 %. Dies ist bedenklich und ein klares Indiz, wo wir in Bezug auf unsere erhoffte Entwicklung heute stehen. Nämlich immer noch im „Sinkflug“.

Bei den Gewinnsteuern von juristischen Personen sind im Jahre 2008 rund 3,65 Mio. Franken eingetroffen. Dies ist zweifelsohne sehr erfreulich, zumal sich dieser Ertrag im Vergleich zum Vorjahr praktisch verdoppelt hat. Man muss aber wissen, dass Firmengewinne - aus welchen teils taktischen und strategischen Gründen auch immer - laufend stark variieren. Folglich dürfen solche Erträge nicht als nachhaltig wiederkehrend in Betracht gezogen werden. Dies bedeutet, dass die Steuererträge bei juristischen Personen in den Jahren 2007 und 2008 eigentlich Glücksfälle sind. Und solche Glücksfälle dürften entsprechend der aktuellen Wirtschaftslage und den Börsenhorrorszenarien in den nächstfolgenden Jahren kaum vorausgesetzt werden.

Ein weiteres wesentliches Merkmal sind zudem die im Rechnungsjahr realisierten Buchgewinne von satten 3,95 Mio. Franken. Auch dies kann nicht als nachhaltig wiederkehrend vorausgesetzt werden. Wir haben zwar in diesem Bereich noch ein paar andere Reservenguthaben in Aussicht bzw. „Pfeile im Köcher“. Bekanntlich stehen aber dem massive Altlastenbewältigungen gegenüber, was wir nicht vergessen dürfen.

Damit obliegt als Fazit, dass diese positive Rechnung nur als zwischenstationärer Durchlauf gedeutet werden kann. Vor allem gilt es zu erkennen, dass wir ohne die vorerwähnten Besonderheiten bzw. Glücksfälle eigentlich tiefrote Zahlen schreiben. Und wenn wir so „weiterkutschieren“, wird sich diesbezüglich auch für die Zukunft nichts ändern. Im laufenden Rechnungsbereich präsentieren sich die Ausgaben als relativ stabil. Einsparungen sind nach unserer Auffassung ohne Leistungsabbau kaum wesentlich möglich. Und ein Leistungsabbau vereinbart sich mit einer föderativ angestrebten Entwicklung nicht.

Trotzdem: Zwei Rubriken offenbaren Handlungsbedarf. Es kann nicht sein, dass der Personalaufwand und die gewährenden Unterstützungen im Sozialbereich ohne Bevölkerungszuwachs immer noch zunehmen. Hier drängen sich vorübergehende Plafonierungen und allenfalls restriktive Massnahmen auf.

Bei den Einnahmen haben wir sicherlich noch Verbesserungspotential. Es ist nicht neu und wohl weiterhin unbestritten: Eine Verbesserung kann vor allem nur mit einem steuerlich potenten Bevölkerungszuwachs und einer Korrektur von unserer aktuell ungünstigen Bevölkerungsdurchmischung erreicht werden. Mit der Realisierung von zusätzlichem Wohnraum alleine ist aber nichts getan. Trotz den an sich hervorragenden Perspektiven hinsichtlich ÖV-Erschliessung, geographischer Lage etc..

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Mai 2009

Um Leerwohnungsbestände zu vermeiden und unsere gesteckten Ziele zu erreichen, sind auch Arbeitsplätze ein wichtiges Thema. Vor allem gilt es, mit markanten Marketingmassnahmen für Neuzuwachs zu agieren. Aber auch unser ansässiges Gewerbe muss mit guten Argumenten und Entgegenkommen motivierend sensibilisiert werden. Damit ein langfristiger Weiterbestand sichergestellt und Abwanderungen wie leider passiert, wirksam verhindert werden können.

Auch nicht neu, aber nach wie vor mitmassgebend für eine positive Entwicklung ist das Thema „Steuersatz“. Eine diesbezüglich attraktive Anpassung muss nun mit Vehemenz angestrebt werden. Denn letzten Endes ist auch dies ein sehr wesentlicher Bestandteil für eine florierende Entwicklung. Wie lautet der immer noch massgebende Grundsatz: „Bevor man kann verdienen, muss man dienen.“

Und zum Schluss noch ein visionärer Gedanke: Warum nicht raumplanerisch eine „Sonderwohnzone für Reiche“ wie dies Obwalden mit einer offensiven Standortstrategie in Erwägung zieht? Dies muss weder Apartheid, Gewaltentrennung noch Bevölkerungsteilung bedeuten. Über Jahre sind ganz allgemein sozial Schwächere im Wohnungsbau berücksichtigt worden. Warum soll man nicht einmal eine Lanze für Personenkreise mit hohem Einkommen brechen? Dies wäre sicher ein politisch visionärer Entscheid, was der Bund zwar in erster Lesung ablehnt. Könnte aber eigentlich eine bedarfsgerechte Massnahme sein mit föderativen Abfolgen in verschiedener Hinsicht - und dies letzten Endes mit zweckdienlichem Nutzen für alle Personenkreise.

Wir sind darum sehr gespannt, wie unsere Exekutive zu diesen Hinweisen bei der Erarbeitung von den Legislaturziele begegnen wird. Gefragt sind mit Sicherheit greifende Massnahmen und Strategien, aber auch etwelchen Mut. Vor allem dürfen wir uns nicht durch den momentan vertretbaren Selbstfinanzierungsgrad und schon gar nicht ob der aktuellen Vermögenssituation blenden lassen und nun in Lethargie verfallen.

In diesem Sinne stimmt die Fraktion der FDP dieser vorliegenden Rechnung zu. Allerdings ohne grosse Begeisterung.

Monika Weibel (CVP): Die CVP-Fraktion ist erfreut über den Rechnungsüberschuss in der Höhe von 1,3 Mio. Franken statt einem Defizit von 1,4 Mio. Franken. Wir möchten hiermit allen Beteiligten unseren Dank aussprechen. Für die Steuersenkung von 1/10 auf Niveau der Stadt Bern (Motion SVP) können wir uns aus folgenden Gründen nicht einverstanden erklären.

- Eine Steuersenkung um 1/10 auf das Niveau der Stadt Bern ist mit Blick auf den Finanzplan 2009 - 2013 nicht realistisch. Die guten Jahren mit Sondereffekten sind vorbei. Rechnet doch die Gemeinde jährlich mit einem Fehlbetrag ab.
- Die erfreulichen Mehrerträge wurden vor allem durch die juristischen Personen erbracht. Dies sind Folgen der überaus guten Wirtschaftslage der letzten Jahre. Mit Blick auf die aktuelle Wirtschaftslage ist ein Rückgang dieser Steuereinnah-

men leicht nachvollziehbar. In der Folge würde ein beträchtliches Defizit und damit Sparmassnahmen und ein Abbau des „Service Publics“ hervorgerufen.

- Die aktuelle Finanzlage der Gemeinde mit Eigenkapital von ca. 14 Mio. Franken ist nach wie vor klein und kann mit Blick auf den Finanzplan 2009 - 2013 kaum noch ausgebaut werden. Die sieben Steuerzehntel würden rasch aufgebraucht sein.
- Aus steuerlichen Gründen werden kaum Privatpersonen oder Firmen sich für unsere Gemeinde entscheiden. Liegen doch die steuergünstigen Gemeinden Muri/Gümligen und Ittigen nur wenige hundert Meter von uns entfernt. Vielmehr sprechen andere Faktoren - wie die jüngste Bevölkerungsumfrage gezeigt hat - für unsere Gemeinde wie:
 - Optimale Anbindung an die Hauptverkehrsachsen sowohl im Privatverkehr wie auch auf den öffentlichen Verkehr;
 - Gebäude- und Baulandreserven;
 - und die Nähe zur Stadt Bern sowie zu den Naherholungsgebieten.
- Der Kampf um gute Steuerzahlende wird in der Region Bern immer härter. Wer mithalten will, muss mit einem guten Leistungsangebot aufwarten können. Dies verbietet uns mit vorschnellen Steuersenkungen das Risiko einzugehen, das bestehende Angebot abbauen zu müssen.
- Aus den vorerwähnten Gründen lehnt die CVP-Fraktion eine Steuersenkung entschieden ab.

Jacques Biner (SP): Auch die SP-/Grüne-/Gewerkschaften-Fraktion nimmt die vorliegende Rechnung 2008 mit Freude zur Kenntnis. Das Resultat von 1,3 Mio. Franken Überschuss ist mit Vorsicht zu geniessen. Ohne die Realisierung der Buchgewinne in der Höhe von 3,9 Mio. Franken hätte die Rechnung sicher anders ausgesehen. Ausserdem konnten Wertberichtigungen von 7 Mio. Franken vollzogen werden. Die guten Steuereinnahmen bei den juristischen Personen werden in den Jahren 2009/2010 mit der aktuellen Wirtschaftslage sicherlich anders aussehen.

Die Rechnung 2008 wurde von der Finanzkommission kontrolliert. Das Finanzteam konnte die gewünschten Begründungen liefern. Die GPK-Fragen wurden ebenfalls beantwortet. Wir sind auf die Transparenz der Gemeinderechnung angewiesen. Diese wurde im vorliegenden Fall gewährleistet. Besten Dank an das Finanzdepartement.

Die Rechnung 2008 gehört der Vergangenheit an. Wir wollen uns auf das diesjährige Jahr konzentrieren. Allfällige Detailfragen werden wir anlässlich der Budgetdebatte 2010 stellen.

Gemeinderätin Ursula Lüthy (Grüne): Besten Dank für die interessanten und kompetenten Voten. Die Rechnung 2008 ist Tatsache resp. Vergangenheit. Zum Thema „Steuersenkung“ möchte ich auf das GGR-Protokoll vom 22. Januar 2009 hinweisen. Auf Seite 17 ist festgehalten, dass der Gemeinderat den parlamentarischen Auftrag

entgegen nimmt. Das Thema wird momentan gründlich geprüft und das Resultat wird bei der Behandlung des Budgets 2010 dem GGR vorgestellt werden.

Ratspräsident: Die Diskussion zur Botschaft ist somit abgeschlossen. Wir werden nun die Rechnung kapitelweise beraten.

 Seite 94 - Nachkredittabelle

Norbert Riesen (SP): Gestützt auf die Debatten habe ich mich gefragt, welche Praxis jeweils bei „Nachkredit bewilligt durch den Gemeinderat“ und „zusätzlicher Nachkredit“ zur Anwendung kommt. Aufgrund von welchen Kriterien wird in diesem Fall unterschieden? Gemäss Gemeindeordnung kommen wir da in einen „Grenzbereich“. Bei gewissen Konten überschreiten wir die Marke von Fr. 50'000.-- (z. B. Aus- und Weiterbildung; übriger Personalaufwand). In der Botschaft wird vermerkt, dass kein „Handlungsspielraum“ bestehen darf, wenn diese Summe überschritten wird. Gerne möchte ich die Praxis zu diesem Unterschied kennen lernen.

Ich möchte daran erinnern, in diesem speziellen Fall Vorsicht walten zu lassen und ein Nachkredit lieber einmal zu viel dem GGR zu unterbreiten. Dieser Sachverhalt soll nicht kleinlich wirken. Auf Bundesebene führte die Diskussion bei einem ähnlichen Sachverhalt (beim Geschäft „UBS“) zu einer gleichen Argumentation - resp. der Handlungsspielraum fehlte.

Stefan Lanz (Finanzverwalter): In der Praxis funktioniert dieser Sachverhalt so, dass „Nachkredite zu gebundenen Ausgaben“ in der Kompetenz des Gemeinderates und „Nachkredite über Fr. 50'000.-- (pro Konto)“, in der Kompetenz des Parlamentes liegen. Im Beschlussesentwurf liegt ein Nachkredit für die Abschreibung eines Kehrrichtfahrzeuges vor. Zwischen der Revisionsstelle (ROD) und der Finanzverwaltung löste dieses Kehrrichtfahrzeug eine Diskussion aus. Wir waren der Meinung, dass hier eine Verrechnung zwischen den Aktiv- und Passivkonti vorliegt. Die Revisionsstelle ist der Auffassung, dass der Verrechnung ein Nachkredit vorgeht, und dieser deshalb dem GGR zur Genehmigung vorgelegt werden muss. Da kann man geteilter Auffassung sein.

Im von Norbert Riesen angeführten Beispiel liegt eine gewisse Vermischung vor. Beim Konto 110.309.20 „Aus- und Weiterbildung; übriger Personalaufwand“ handelt es sich vorwiegend um Kosten für die Personalgewinnung. Dies sind „gebundene Ausgaben“ und der Gemeinderat hat über diese zu entscheiden.

Ich möchte betonen, dass wir uns für die Nachkredite an die Zuständigkeiten halten.

Norbert Riesen (SP): Die Antwort hat gezeigt, dass meine Frage berechtigt war. In den sogenannten „Mischfällen“ sollte die notwendige Vorsicht zum Tragen kommen. Ich will niemanden angreifen - mein Votum soll vielmehr ein Hinweis für die Zukunft sein. Ich bin mit der Antwort befriedigt.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Mai 2009

Ratspräsident: Zur Rechnung liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wie im GPK-Protokoll festgehalten ist, will der Gemeinderat das Kehrlichfahrzeug abschreiben und dies führt zum Beschlusstext wie im GPK-Protokoll auf Seiten 36/37 festgehalten.

Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Die „übrigen Abschreibungen“ auf dem Kehrlichfahrzeug von Fr. 195'036.-- (Konto 923.332.10) werden genehmigt.
2. Die Gemeinderrechnung 2008, abschliessend mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 1'285'682.04, wird genehmigt.
3. Der Ertragsüberschuss wird dem Eigenkapital (Konto 2390.101) gutgeschrieben

----- V I E R T E L S T Ü N D I G E P A U S E -----

32 10.375 Einfache Anfragen
63.665 Jugendarbeit mit Schulen, Kirchen und anderen Verwaltungsabteilungen

Einfache Anfrage Monika Weibel (CVP) betreffend Tagesschule in Ostermundigen - Vorinvestitionen; Begründung und Beantwortung

Wortlaut

Im Zusammenhang mit der Eröffnung der Tagesschule Rüti stelle ich dem Gemeinderat folgende

Fragen

- 1. Werden für die Betreuung nur Personen angestellt, die eine pädagogische/soziale Ausbildung haben?*
- 2. Können zur Mithilfe auch WiedereinsteigerInnen berücksichtigt werden, was die Kosten für die Betreuung senken würde?*
- 3. Wie sähe eine allfällige Erfahrungszulage aus?*

Begründung

Die Nachfrage nach Tagesschulplätzen steigt zunehmend, weshalb im Rütischulhaus eine zweite Tagesschule eröffnet wird. Gleichzeitig aber sind die finanziellen Möglichkeiten unserer Gemeinde begrenzt. Deshalb stellt sich die Frage, ob zur Unterstützung der Fachpersonen nicht auch vermehrt Eltern mit Erfahrungserfahrung eingestellt werden könnten, wie das in anderen Gemeinden der Umgebung schon der Fall ist.

Gemeinderat Thomas Iten (SP): Die Beantwortung der einzelnen Fragen sieht wie folgt aus:

1. Die Gemeinde ist dafür verantwortlich, dass sie Personen mit einwandfreiem Leumund und ausgewiesener Erfahrung in der Erziehung und Begleitung von Kindern und Jugendlichen anstellt. Die Auswahl des Betreuungspersonals ist von zentraler Bedeutung. Eltern, die ihre Kinder Betreuungspersonen anvertrauen, wollen sicher sein, dass für ihre Kinder gut gesorgt ist. Das Vertrauen in die Fähigkeiten und Kompetenzen der Betreuungspersonen ist eine entscheidende Voraussetzung für den Ruf eines Tagesschulangebots.
Gemäss Art. 12 Abs. 1 des Tagesschulreglements werden die Schülerinnen und Schüler von pädagogisch qualifiziertem Personal betreut. Pro 8 bis 10 Kindern wird in der Regel eine Betreuungsperson eingesetzt. Das Betreuungsteam kann aus verschiedenen Personen und Berufsgruppen wie Lehrpersonen, sozialpädagogisch Ausgebildeten, geeigneten und im Umgang mit Kindern erfahrenen Personen bestehen. Nach Möglichkeit werden Lehrkräfte der Standortschule eingesetzt. Während der Mittagseinheit und bei grossen Gruppen werden, wie an der Tagesschule Mösli, auch Nicht-Lehrpersonen eingesetzt.

2. Wie bereits gesagt, können auch Personen angestellt und eingesetzt werden, die keine abgeschlossene pädagogische oder sozialpädagogische Ausbildung haben. Entscheidend ist, dass sie für diese Aufgabe qualifiziert sind. Es ist nicht das Ziel, ein möglichst günstiges Tagesschulangebot bereitzustellen, sondern ein qualitativ sehr gutes Angebot. Dem Lastenausgleich „Lehrergehälter“ können die Normlohnkosten abzüglich der effektiv verrechneten Elternbeiträge zugeführt werden. Die Berufs-, Fach- und Fortbildungsschule Bern (BFF) bietet im Auftrag des Kantons Weiterbildungsangebote für Betreuende an, die über keine pädagogische oder sozialpädagogische Ausbildung verfügen.
3. Das pädagogisch ausgebildete Personal wird nach der Lehreranstellungsgesetzgebung analog der Primarlehrpersonen angestellt. Das übrige Personal wird nach der Personal- und Besoldungsordnung der Gemeinde Ostermundigen angestellt. Facherfahrung, Leistungsausweise und Lebensalter bestimmen die Einstufung innerhalb der Stelleneinreihung (Bandbreite). Erfahrung in Betreuungs- und Haushaltsaufgaben wird angemessen berücksichtigt.

Monika Weibel (CVP): Ich bin mit der Beantwortung zufrieden.

33 10.11 13.03 Reglemente Gemeinde
Reglemente

Reglement über die Tagesschulen; Anpassung an übergeordnetes Recht - Totalrevision

Ratspräsident: Zuerst debattieren wir über die Botschaft und anschliessend wird das Reglement beraten.

Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Lucia Müller (SVP): Die SVP hat das vorliegende Reglement geprüft und für tauglich befunden. Es richtet sich nach den gesetzlichen Vorgaben des Kantons, welche ja als übergeordnetes Recht massgebend sind. Insbesondere begrüsst sie die jährliche Überprüfung des Angebotes und erwartet, dass diese dann auch zum Tragen kommen wird, wenn die Zahlen vielleicht einen Rückbau des Angebotes ermöglichen würden.

Die erfreuliche Tatsache, dass die Betreuungsleistungen via Lastenausgleich abgerechnet werden, darf nicht dazu verleiten, das Angebot über Gebühr mit freiwilligen und zusätzlichen Einheiten auszubauen. Auch die Kosten im Lastenausgleich sind Kosten und werden am Ende vom Steuerzahlenden finanziert.

Entsprechend dem Beschluss vom Mai 2007 bietet die Gemeinde Ostermundigen eine Tagesschule mit pädagogisch ausgebildetem Personal an. Das ist insofern richtig, als gerade bei uns in einer Tagesschule grosse Gegensätze zusammengeführt werden müssen, sowohl was Alter als auch sozialen und kulturellen Hintergrund der Kinder betrifft. Das erfordert von den Betreuern ein hohes Mass an Belastbarkeit und pädagogischem Können. Natürlich können begrenzt auch einige Aufgaben von sogenannten Laien mitgetragen werden und es obliegt sicher der zuständigen Stelle, hier ein gesundes Gleichgewicht zu finden. Nach unserer Auffassung könnte hier allenfalls noch etwas Spielraum vorhanden sein. Dieser soll jedoch nicht zu Lasten der zu betreuenden Kinder ausgeschöpft werden.

Ganz klar ist für uns die Frage betreffend die Betreuung in den Ferieninseln nicht Aufgabe der Tagesschule und gehört nicht in die heutige Diskussion. Die Frage des Transfers Schule/Tagesschule hingegen ist aus unserer Sicht eine sehr heikle Angelegenheit, zumal ja neu auch Kindergartenkinder involviert sind. Wir hoffen sehr, dass hier eine gesunde Praxis gewählt werden wird, die einerseits dem gesetzlichen Auftrag entspricht, aber auch klar zwischen Notwendigkeit und übertriebenen Forderungen abgrenzen wird. Dies wird sicher keine leichte Aufgabe sein!

Die SVP-Fraktion hätte sich gewünscht, dass die Tagesschule noch etwas mehr selbsttragend geführt werden kann, doch muss aufgrund der kantonalen Vorgaben auch bei den Tarifen wohl davon ausgegangen werden, dass das kaum möglich sein wird.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Mai 2009

Eine Frage zum Schluss: Liebe in die Jahre gekommene Eltern und Obhutsberechtigte, wie wir im neuen Jargon inzwischen genannt werden, fragen Sie sich nicht auch immer öfter, wie wir alle und auch die Generationen vor uns, es geschafft haben, unsere Kinder allein und ohne Hilfe des Staates gross zu ziehen?

Renate Bolliger (EVP): Die EVP-Fraktion wird dem Reglement zustimmen. Der Entscheid des GGR war wegweisend und richtig, damit die Tagesschule im Volksschulgesetz verankert wird. Dadurch ist es den Gemeinden nicht mehr freiwillig überlassen, dieses Angebot aufzunehmen. Die Gemeinde Ostermündigen hat sich bereits früh für dieses Angebot entschieden und über diesen Sachverhalt bin ich froh. Die Tagesschule ist nicht mehr aus dem Schulangebot wegzudenken.

Das neue Reglement wird dem übergeordneten Recht angepasst und ist sinnvoll. Die EVP-Fraktion hat dazu keine Einwände.

Liliane Schärer (SP): Die Tagesschule kommt zum richtigen Zeitpunkt - im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise. Sie ermöglicht vielen Familien, ihr notwendiges Einkommen zu erwirtschaften. Sie ist eine wichtige Unterstützung, welche den Eltern ermöglicht, zu arbeiten und das ohne sich Sorgen über den Verbleib der Kinder machen zu müssen. Die Kinder sind in kompetenter Betreuung auch ausserhalb der Schulzeit.

Die bestehenden Tagesschulen zeigen sehr gute Resultate. Die Schulaufgaben und die Freizeitaktivitäten finden genügend Platz. Es bedeutet nicht, dass die Eltern auf ihre wichtige und zentrale Rolle der Erziehung verzichten sollen. Die Mitarbeit der Eltern an der Tagesschule ist sehr wichtig. In Bezug auf die Kosten hat die Stadt Biel ein Modell errichtet, das erlaubt, den Tarif pro Kind nach der Häufigkeit der besuchten Tagesschule zu verrechnen. Die kantonale Gesetzgebung und das Gemeinde-reglement geben Auskunft über weitere Details.

Ich erinnere daran, dass der Studentarif sich auf der Basis des elterlichen Einkommens und Vermögens berechnet. Dabei wird die Grösse der Familie mitberücksichtigt. Die Mittagmahlzeiten werden einkommensunabhängig berechnet. Die Gemeinde hat dort die Möglichkeit, Gebühren zu erheben, welche unter den Ansätzen des Kantons liegen. Aus all diesen Gründen unterstützt die SP-Fraktion das modifizierte Reglement und den Nachkredit von Fr. 75'000.--.

Eduard Rippstein (CVP): Die CVP-Fraktion steht selbstverständlich auch hinter der Tagesschule. Wir möchten jedoch in der Detailberatung noch einige Abänderungsanträge einbringen.

Zum Votum von Lucia Müller möchte ich anfügen, dass wir Gott sei Dank früher noch ohne Tagesschule gross geworden sind. Die Zeiten haben sich geändert und wir dürfen uns den Neuerungen nicht verschliessen.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Mai 2009

Walter Bruderer (FORUM): Wir stimmen dem Reglement grundsätzlich zu, möchten es aber noch mit ein paar Bemerkungen kommentieren:

- Nachdem Berufstätige in der Regel keine 13 Wochen Ferien geniessen können, ist es nicht logisch, auf ein ganzjähriges Angebot zu verzichten. Ausgerechnet während der Ferien bräuchten viele Kinder am meisten sinnvolle Betreuung.
- Wurde je versucht, die Arbeitgeber, die von Tagesschulen ebenfalls profitieren, für eine spürbare Kostenbeteiligung zu gewinnen?
- Analog zum „Recht“ auf Selbstverwirklichung gibt es auch ein „Recht auf Arbeit.“ Würden von den Arbeitgebern Arbeitszeitmodelle „Mann und Frau je 50 % im Einsatz“ angeboten, könnten viele Erziehungsbeauftragte nebst ihrer Selbstverwirklichung auch ihre Kinder selber erziehen.

Christian Zeyer (SP): Ich möchte die Frage von Lucia Müller nicht unbeantwortet im Raum stehen lassen. Wenn das Referat gekehrt und mit der Frage begonnen wird und mit dem Anfang schliesst, beantwortet sie die Frage. Es sind die sozialen Integrationsaufgaben, welche notwendig und gelöst werden müssen und die die Tagesschule rechtfertigen. Die Tatsache, dass Lucia Müller in der glücklichen Lage war, in einem sozial guten Umfeld aufzuwachsen und die Kinder grossziehen konnte, stimmt nicht für alle Bevölkerungsschichten. Wenn wir soziale Integration ernst nehmen, ist es wichtig, dass wir eine Tagesschule anbieten können.

Jawohl Walter Bruderer: Bei der SP-Fraktion rennst du offene Türen ein! Die Ideen „Ferieninseln“ werden zurzeit von uns geprüft und ein politischer Vorstoss wird demnächst folgen.

Michael Werner (FDP): Die FDP-Fraktion unterstützt das vorliegende Reglement. Gemäss REVOS und der Tagesschulverordnung sind wir „verpflichtet“, dieses Angebot anzubieten. Aufgrund der Anmeldezahlen ist die Tagesschule ein wichtiges Angebot. Da handelt es sich nicht um ein soziales Angebot, sondern um ein ergänzendes Angebot der Volksschule. Das Angebot muss ausgebaut und die Kinder müssen über die Mittagszeit resp. am Nachmittag gut betreut werden. Nach wie vor gibt es zu viele Kinder, welche in der Gemeinde „herumlümmeln“!

Ratspräsident: Zur Botschaft liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit beraten wir das Reglement seitenweise.

➤ Seite 0 - Art. 2 Ziele

Monika Weibel (CVP): Ich stelle den **Änderungsantrag Nr. 1**, den Artikel 2 wie folgt zu ändern:

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Mai 2009

Tagesschulangebote sollen den Kindern Betreuung, Erziehung und Begleitung bieten, in welchen eine enge Verbindung zwischen Unterricht und unterrichtsfreier Zeit hergestellt wird.

➤ Seite 2 - Art. 12 Abs. 1 Betreuung

Eduard Rippstein (CVP): In diesem Absatz 1 ist das Wort „pädagogisch“ zu streichen. Die CVP-Fraktion stellt den **Änderungsantrag Nr. 2:**

Die Betreuung der Schülerinnen und Schüler wird von ~~pädagogisch~~ qualifiziertem Personal übernommen.

Wir erhielten bereits die Antwort zur einfachen Anfrage von Monika Weibel (siehe Traktandum Nr. 32). Hier kommt qualifiziertes Personal zum Einsatz und das bedeutet nicht automatisch, dass eine Lehrerin oder ein Lehrer zur Betreuung notwendig ist.

Gemeinderat Thomas Iten (SP): Zuerst zum Votum von Eduard Rippstein und dem Änderungsantrag Nr. 2: Die ganze Thematik wurde genaustens geprüft und eingehend diskutiert. Dazu wurde eine Steuerungsgruppe eingesetzt. Die Steuerungsgruppe möchte den Begriff „pädagogisch“ im Reglement festgehalten wissen. Natürlich können auch Personen ohne pädagogisches Fachwissen an der Betreuung der Kinder teilnehmen. Im Vergleich zum „Mittagstisch“ ist der Änderungsantrag Nr. 2 zu verwerfen und die gemeindrätliche Formulierung zu unterstützen.

Eduard Rippstein (CVP): Wir halten am Änderungsantrag Nr. 2 fest. Wenn der Begriff „qualifiziert“ nicht genügt, dann ist irgend etwas anderes im Reglement falsch.

Rahel Wagner (EVP): Ich war Mitglied der vorerwähnten Steuerungsgruppe. Wir haben lange über die Formulierung diskutiert. Wenn jemand mit Kindern zu tun hat und dies vielleicht in einer Tagesschule mit hohen Ansprüchen, ist es unerlässlich, dass das Betreuungspersonal „pädagogisch qualifiziert“ ist. Jemand ohne pädagogisches Wissen - im Gegensatz zu den Eltern - kann schlecht für die Betreuung eingesetzt werden. „Pädagogisch“ ist im Reglement zu vermerken.

Liliane Schärer (SP): Im kantonalen Gesetz (französische Fassung) wird bereits die Pädagogik vorgeschrieben.

Ratspräsident: Des weitern haben wir über den **Änderungsantrag Nr. 2** der CVP-Fraktion abzustimmen. Der Absatz 1 lautet wie folgt:

Die Betreuung der Schülerinnen und Schüler wird von ~~pädagogisch~~ qualifiziertem Personal übernommen.

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag Nr. 2 der CVP-Fraktion wird mit 34 zu 2 Stimmen abgelehnt.

Gemeinderat Thomas Iten (SP): Der letzte Teil des Satzes war einer der Hauptpunkte, damit die Tagesschule mit den Eltern/Familie mit dem Beruf verbunden werden kann. Walter Bruderer hat bereits in seinem Votum auf die „Selbstverwirklichung“ hingewiesen. Es gibt je länger je mehr Familien, die darauf angewiesen sind, dass beide Elternteile ein Einkommen erzielen können. Hier bietet die Tagesschule ein gutes Ergänzungsprogramm an. Von der finanziellen Seite aus betrachtet, muss es allen ein Bedürfnis sein, dass dieser Personenkreis arbeiten kann und die Kinder gut aufgehoben sind. Auch Michael Werner hat auf die Situation von „herumlümmelnden“ Kindern bereits aufmerksam gemacht.

Die Verbindung Familie/Beruf gibt es auch bei Wiedereinsteigenden. Da geht es nicht um Selbstverwirklichung, sondern darum, ein Standbein in der Arbeitswelt zu halten. Wenn die Kinder die Schule abgeschlossen haben, dann kann dieser Personenkreis problemlos in die Arbeitswelt zurückkehren. Bei den sogenannten Doppelverdienenden ist der wirtschaftliche Anstoss nicht wegzudenken. Viele Familien benötigen heute zwei Einkommen.

Die Tagesschule kann dazu führen, dass vermehrt Neuzuziehende nach Ostermündigen kommen. Ich bitte das Parlament, den Änderungsantrag Nr. 1 abzulehnen. Der Mix Unterricht und unterrichtsfreie Zeit wird aus der Sicht und Ziel der Volksschule mit der Tagesschule gut gewährleistet. Zusammen mit dem übergeordneten Volksschulgesetz können wir diesen Sachverhalt ermöglichen.

Walter Bruderer (FORUM): Im Prinzip kann ich zwischen dem gemeinderätlichen Antrag und dem Änderungsantrag von Monika Weibel keinen grossen Unterschied feststellen. Beides betrifft dasselbe, jedoch die Formulierung ist anders. Wenn ich mich der Stimme enthalte, bedeutet das nicht, dass ich etwas gegen den Änderungsantrag einzuwenden habe. Ich weiss nur nicht, welcher Antrag die bessere Version darstellt.

Ratspräsident: Wir haben über den **Änderungsantrag Nr. 1** von Monika Weibel abzustimmen. Der Artikel 2 soll neu wie folgt lauten:

Tagesschulangebote sollen den Kindern Betreuung, Erziehung und Begleitung bieten, in welchen eine enge Verbindung zwischen Unterricht und unterrichtsfreier Zeit hergestellt wird.

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag Nr. 1 von Monika Weibel wird mit 33 zu 2 Stimmen abgelehnt.

 Seite 4 - Artikel 18 Zuständigkeit

Norbert Riesen (SP): Gemäss diesem Artikel wird die Finanzkompetenz in der Gemeindeordnung geregelt. In der Botschaft ist erwähnt, dass die Gemeinde eine Tagesschule führen kann, wenn die Nachfrage genügend ist. Wenn die Nachkredite betrachtet werden, stellt sich nun die Frage eines „gebundenen Kredites“? Ich stelle keinen Änderungsantrag. Mir ist beim Aktenstudium eine gewisse Unlogik aufgefallen. Einerseits spricht man von einer Verpflichtung und andererseits kommt da ein Vorbehalt der Finanzkompetenz zum Tragen. Was passiert im rechtlichen Sinn, wenn die Nachfrage 80 Kinder betrifft und der Gemeinderat mit einem Zufallsmehr gegen die Schaffung der Tagesschule ist? Wieso dieser Finanzvorbehalt im Reglement?

Gemeinderat Thomas Iten (SP): Verschiedene Aspekte haben hier Einfluss. Die Infrastrukturen wurden bereits im Zusammenhang mit der Sanierung der Schulanlage Rüti berücksichtigt und haben keine wesentlichen Mehrkosten generiert. Der grösste Ausgabeposten bei der Tagesschule sind die Lehrerbesoldungen. Bei dieser klassischen Verbundaufgabe zwischen Kanton und Gemeinde ist das finanzkompetente Organ der Gemeinderat. Wenn die Nachfrage für eine Tagesschule bestanden hätte, jedoch die Infrastrukturen noch nicht vorhanden wären, so hätte der GGR die entsprechenden Kredite noch bewilligen müssen.

Ratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen zum Reglement vor. Wir können die Schlussabstimmung vornehmen. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Das total revidierte „Reglement über die Tagesschulen“ wird genehmigt und auf den 1. August 2009 in Kraft gesetzt.
2. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Gemeinderat Thomas Iten (SP): Besten Dank für die Unterstützung des Reglementes sowie allen beteiligten Denkerinnen und Denker im Parlament für dessen Erarbeitung. Der Einbezug von Parlamentsmitgliedern hat sich im vorliegenden Fall bewährt und kommt bei anderer Gelegenheit wieder zum Zuge.

Tagesschule: Eröffnung in der Schule Rüti; Bewilligung eines Nachkredits zulasten der Laufenden Rechnung 2009

Ratspräsident: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Renate Bolliger (EVP): Die EVP-Fraktion wird selbstverständlich dem Nachkredit zustimmen. Der Zeitpunkt für die Errichtung einer zweiten Tagesschule ist gekommen. Die Schulanlage Mösli ist ausgelastet und die Nachfrage im Rütischulhaus besteht. Ausserdem ist die Gemeinde verpflichtet, bei genügender Nachfrage eine Tagesschule zu errichten.

Wie Michael Werner bereits erwähnt hat, so bin auch ich froh, wenn möglichst viele Kinder eine Tagesschule besuchen und nicht allein herumhängen.

Lucia Müller (SVP): Die Botschaft zeigt es uns auf: Eine grosse Wahl bleibt uns aufgrund der durch den Kanton neu geschaffenen Gesetzeslage nicht und somit wird auch die SVP-Fraktion diesem Geschäft zustimmen. Wenn der Bedarf ausgewiesen ist, sind wir neu als Gemeinde verpflichtet, Tagesschulplätze anzubieten. Einzig die Frage nach dem Standort können wir noch selber beeinflussen. Warum also in der Rüti einen neuen Standort errichten und nicht etwa das Angebot im bereits bestens eingespielten Tagesschulstandort Mösli weiter ausbauen? Oder die weil zentraler als die Rüti doch strategisch vielleicht besser gelegene Schulanlage Bernstrasse ausbauen?

Es wurden mit dem neuen Gesetz Voraussetzungen geschaffen, die es einer Gemeinde schon im eigenen Interesse empfehlen, Standorte für die Tagesschulen auszuwählen, welche möglichst optimal zu ihren Kindergärten und Schulanlagen liegen. Dies schon deshalb, weil der Transfer von Schule/Kindergarten zur Tagesschule der Aufsicht der Gemeinde obliegt, im Gegensatz zum Transfer Schule/Elternhaus, sprich Schulweg, der vollumfänglich in der Verantwortung der Eltern liegt.

Aus diesen Gründen würde es in der Tat keinen Sinn machen, die Eingangs aufgeführten Alternativen weiter zu verfolgen. Mit der sanierten Schulanlage Rüti steht der Gemeinde zudem ein Standort zur Verfügung, der bereits die notwendige Infrastruktur aufweist, so dass sich die finanzielle Zusatzbelastung in Grenzen hält und der gleichzeitig für die Kinder ihrem Wohn- und Schulort am nächsten liegt. Es ist auch richtig, dass bei den anstehenden Sanierungen „Dennigkofen“ und „Bernstrasse“ weitsichtig geplant und ausgeführt wird, denn - Thomas Iten hat es in der Botschaft aufgezeigt - es werden mittelfristig weitere Standorte geschaffen werden müssen.

Einen grundsätzlichen Gedanken möchte ich an dieser Stelle allerdings noch ausführen: Das Geschäft, das uns heute hier beschäftigt, ist nur ein ganz kleiner Teil einer fast endlosen Reformwut in unserer heutigen Gesellschaft - aber ist vieles davon nicht vielleicht eher Ausgeburt einiger SchreibtischtäterInnen die sich selbst und ih-

ren gut dotierten Posten rechtfertigen müssen. Auch die Schule ist momentan einem Wandel ausgesetzt, der viele Beteiligte nicht nur herausfordert, sondern zunehmend auch überfordert. Und nicht nur ich frage mich oft, wie weit all diese Reformen wirklich im Interesse unserer Kinder stattfinden! Es stehen mit HarmoS und Basisstufe die nächsten Veränderungen von grosser Tragweite im Raum. HarmoS, das sicher auch viele positive Inhalte aufweist, doch gerade mit der frühen Einschulung ganz bestimmt nicht nur auf die echten Bedürfnisse unserer Kinder eingeht.

Doch für uns Gemeindeverantwortlichen weit grössere Tragweite umfassen dürfte die Umsetzung der geplanten Basisstufen. Hier kommt nämlich der Standortfrage eine herausragende Bedeutung zu, weil deren praktische Umsetzung bedeuten würde, dass Kindergärten zukünftig in Schulanlagen integriert sein müssten und nicht mehr wie heute, auch in den Quartieren angeboten werden könnten. Gerade die Kleinsten und ihre Eltern aber können doch von einem möglichst kurzen und gefahrlosen Weg zum Kindergarten nur profitieren. Ganz abgesehen von dem entstehenden Platzmangel in den bestehenden Schulanlagen, der weitere bauliche Massnahmen erfordern würde, ergäben sich daraus auch wieder längere Schulwege für die Kleinsten, was bestimmt neue Sicherheits- und Transportprobleme aufbringen dürfte. Dabei wissen wir, dass bereits heute viel zu viele Eltern in falsch verstandener Fürsorge ihren Kindern per Auto den Schulweg abnehmen. Ein Rattenschwanz der unabsehbar werden könnte. Viele neue Probleme werden geschaffen, die die Verantwortlichen wohl noch gar nicht erkannt haben.

Norbert Riesen (SP): Die SP-Fraktion unterstützt den Nachkredit. Das letzte Votum zeigt uns auf, dass es sich hier um eine „gebundene Ausgabe“ handelt. Wenn das keine gebundenen Ausgaben sind, werden wir im Parlament dauernd Diskussionen über Ziele und gesellschaftspolitische Vorstellungen von -100 und +50 Jahren zuhören müssen. Die Standortdiskussion wird jedesmal geführt. Ich möchte die Gemeindegemeinschafterin sowie den Finanzverwalter bitten zu prüfen, ob die Interpretation „gebundene Ausgabe“ hier zum Zuge kommt.

Ich habe keine Mühe, dass das Geschäft heute Abend im Parlament besprochen wird. Es darf als Standortwerbung für Ostermundigen im Bereich Tagesschule betrachtet werden kann. Doch die angedeuteten Diskussionen möchte ich nicht alle Jahre wieder führen.

Gemeinderat Thomas Iten (SP): Die Situation der Standortwahl wird in der Botschaft in Kapitel 2.2 beschrieben. Die Standortwahl ist mit sehr vielen Abhängigkeiten verbunden. Die Sanierung der Schulanlage Rüti konnte abgeschlossen werden und wird am 19. Mai offiziell den Schulleitern übergeben. Der Plan der Schulhausanierungen ist vorgegeben. Als nächstes wird die Schulanlage resp. der Hallentrakt im Dennigkofen saniert (Baubeginn: Mitte Juni 2009). Auch hier werden infrastrukturelle Vorbereitungen vorgenommen. Die Schulküche in der Schulanlage Bernstrasse wird während der Umbauphase von der Schule Dennigkofen mitbenutzt. Mit der Vermietung der Schulanlage Rothus ist der Gemeinde Ostermundigen eine Schulküche weggefallen. Nach der Sanierung wird die Schule Dennigkofen über eine eigene

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Mai 2009

Schulküche verfügen und die Schulküche Bernstrasse muss einer Sanierung unterzogen werden.

Entscheidend ist die Nachfrage für die Tagesschule. Hier legt uns der Kanton ganz klare Vorgaben vor. Die Rüti kam zum Zuge, da bereits 28 Kinder sich für die Tagesschule angemeldet haben. Am höchstdotierten Tag werden 15 Kinder betreut. Der Anmeldeschluss fällt mit dem Schulbeginn zusammen. Mit weiteren Anmeldungen kann gerechnet werden.

Wie die 62 Anmeldungen im Mösli das Mittagessen einnehmen werden, bereitet mir zurzeit noch Kopfzerbrechen. Wir sind mit den vorhandenen 32 Plätzen restlos ausgebucht. Zurzeit suchen wir Alternativmöglichkeiten. Ich möchte aber keine Schuldebate über das weitere Vorgehen führen. An der Konferenz des Schulinspektors habe ich viele Neuigkeiten erfahren. Wenn das Parlament Interesse zeigt, lade ich euch ausserhalb einer Parlamentssitzung ein und werde über die Zukunft, Absichten und die Auswirkungen für die Gemeinde Ostermündigen informieren.

Ratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grossen Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Tagesschule in der Rüti: Zu Lasten der Laufenden Rechnung 2009, Konti 270.301.10 bis 270.319.10, wird ein Nachkredit von Fr. 75'000.-- bewilligt.

35 10.372 Motionen
 10.2214 Ortsentwicklung

Motion FORUM-Fraktion betreffend Ortsplanungsentscheid durch die Stimmberechtigten; Begründung und Beantwortung

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Stimmberechtigten 2009 darüber entscheiden zu lassen, ob Ostermundigens Einwohnerzahl auf 18'000 oder mehr EinwohnerInnen wachsen und demzufolge noch mehr Grün überbaut werden soll.

Begründung

Ende 2007 fanden auf Einladung des Gemeinderates zwei interessante Zusammenkünfte eines sogenannten Bevölkerungsforums statt. Die verschiedensten Kreise waren darin vertreten. Sie hatten ansatzweise diverse Ortsplanungsziele zu behandeln sowie Meinungen und Vorschläge für die weitere Entwicklung der Gemeinde zu erarbeiten und vorzutragen. Soweit wir die Ergebnisse des FORUMS beurteilen, wurden primär nur qualitatives Wachstum sowie Wohnqualitäts-Verbesserungen innerhalb der Quartiere erwartet.

Wir vermuten, dass viele Bauherrschaften nicht in erster Linie daran interessiert sind, dass die von ihnen ausgewählten Gemeinden möglichst optimal gedeihen, sondern eher an geeigneten Möglichkeiten, dank geschicktem Planen und Wirken, möglichst viel Geld zu verdienen.

U. E. besteht keine Garantie, dass mehr EinwohnerInnen und/oder mehr Gewerbe/Industrie in Ostermundigen automatisch zu mehr Wohlstand für alle führen, dass z. B. die Steuern und Gebühren spürbar und nachhaltig gesenkt werden können, dass nur noch die Erträge wachsen, die Aufwände hingegen stagnieren oder gar abnehmen.

Es kommt dazu, dass jeder Landvorrat einmal zu Ende geht. Deshalb würde die Notwendigkeit, geeignete Massnahmen zur dauernden Gesundung der Gemeindefinanzen zu ergreifen, nur auf später vertagt.

Unabänderlich bleibt, dass durch weitere Überbauungen viel Grünland verloren geht und der heutige Dorf- zum Stadtcharakter mutieren würde. Ob dies von den Stimmberechtigten gewünscht wird, wissen wir nicht. Darum der Vorstoss.

Walter Bruderer (FORUM): Bekanntlich hat der Gemeinderat die Daueraufgabe, die Ortsgestaltung zu planen, d. h. wenn nötig anzupassen. Ein entsprechender Vorstoss ist noch hängig. Auf Seite 48 des Verwaltungsbericht 2008 gibt der Gemeinderat bekannt, die Entwicklungsziele für Ostermundigen seien auf 18'000 Einwohnende ausgerichtet. Dieses Ziel könne nur erreicht werden, wenn rechtzeitig genügend baureifes Land zur Verfügung steht. Wir sind nicht überzeugt, dass der Souverän diese Meinung des Gemeinderates teilt. Im Bevölkerungsforum von Ende 2007 habe ich diese Meinung jedenfalls nie gehört. Um unnötigen Planungsaufwand zu vermeiden,

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Mai 2009

sollte er darum rasch die grundsätzliche Meinung der Stimmberechtigten zu einem der wichtigsten Ortsplanungsaspekte kennen.

Selbstverständlich wissen wir, dass es Raumplanungsgesetze gibt. Die rechtliche Ausgangslage ist zurzeit aber laut Berichten in den Medien sehr umstritten. Gültiges Recht wird nicht immer respektiert. Bei ersterbesten Gelegenheit werden, dem nötigen Wachstum zuliebe (eher dem Profit zuliebe) Regelungen äusserst flexibel und grosszügig interpretiert.

Im BUND vom 16. April 2009 hat man einen interessanten Artikel lesen können. Sein Titel: „Raumplanung droht zu scheitern“. Wenn die im Artikel publizierten Zahlen und meine Berechnung stimmen, sind seit dem 10. Juli 2007, d. h. in ca. 21 Monaten, in der Schweiz rund 48 km² Kulturland überbaut worden. Ausgegangen von diesen 48 km² wäre die ganze Ostermündiger Gemeindefläche von ca. 6 km² in weniger als drei Monaten überbaut worden.

Wir wissen auch, dass wegen des knapper werdenden Bodens Hochbaukonzepte entwickelt worden sind, die aber nicht automatisch zu wesentlich mehr Einwohnern pro km² führen werden, sofern man die gestiegenen Wohnqualitätsansprüche der heutigen Leute und das Ziel, „viele zahlungskräftige Neuzuzüger nach Ostermündigen zu holen“ nicht ausser Acht lässt. Der Ersatz von vielen Häusern durch Neubauten wäre vermutlich unumgänglich, weil die frühere Bausubstanz (z. B. die Statik oder auch die Art der Wasserleitungen) nicht alles problemlos erlaubt.

Warum soll das Volk entscheiden? Die Stimmberechtigten setzen sich aus ca. 10'000 unterschiedlichsten Personen mit unterschiedlichen Interessen zusammen. Im Gemeinderat und im Parlament sind verhältnismässig wenige Personen vertreten, die nicht nur ihre persönlichen Interessen verfolgen, sondern auch parteipolitische Ziele. Die Vernehmlassungsantworten der Parteien zu den Leitlinien sind ja laut Verwaltungsbericht nicht übereinstimmend ausgefallen.

Wir bitten das Parlament, die Motion zu überweisen. Nach der Volksabstimmung wissen sowohl der Gemeinderat wie das Parlament, was die Mehrheit der Stimmberechtigten will.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Der Gemeinderat empfiehlt dem Parlament, die Motion abzulehnen.

Gemäss der Gemeindeordnung (Art. 63) plant der Gemeinderat die nachhaltige Entwicklung der Gemeinde. Es ist somit auch Sache des Gemeinderats, die Ziele für diese Planung fest zu legen. Parlament und Volk kommen bei konkreten Zonenplanänderungen zum Zug (das Volk via fakultatives Referendum). Sie können bei dieser Gelegenheit bestimmen, ob der Gemeinderat mit seinen Zielen richtig liegt oder nicht.

Die Frage nach den 18'000 Einwohnerinnen und Einwohnern verliert insofern an Gewicht, als der Gemeinderat diese Zahl in seinem neuen Leitbild nicht mehr erwähnt. Das bedeutet nicht, dass der Gemeinderat seine Strategie geändert hätte - er

strebt nach wie vor ein massvolles Wachstum an. Der Gemeinderat ist aber der Auffassung, dass sich die Situation gegenüber früheren Jahren geändert hat. In den Jahren mit sinkender Einwohnerzahl ging es darum, mit dem Ziel „18'000 EinwohnerInnen“ in kurzer und prägnanter Form auszudrücken, dass es eine Trendwende braucht, dass es aber bei einem massvollen Wachstum bleiben soll - nämlich bis zu der Grösse, die Anfang der 80er-Jahre bereits einmal erreicht worden war.

Heute sind in Ostermundigen grosse Baulandreserven baureif, die Bautätigkeit setzt ein und ein sanfter Anstieg der Einwohnerzahl kann bereits festgestellt werden. In dieser Situation interessiert die Frage, ob 18'000 EinwohnerInnen tatsächlich erreicht werden oder nicht, viel weniger als die Frage, ob sich die neuen Überbauungen gut ins bestehende Siedlungsgebiet integrieren und ob punkto Steuereinnahmen ein spürbarer Effekt festgestellt werden kann. Der Gemeinderat wird die Entwicklung beobachten und gestützt darauf seine Strategie optimieren.

Auch bei einer Ablehnung der Motion wird das Parlament Gelegenheit haben, seine Meinung zur Siedlungsentwicklung einzubringen. Gestützt auf die im letzten Jahr durchgeführte Vernehmlassung hat der Gemeinderat jetzt die „Leitlinien zur Siedlungsentwicklung“ verabschiedet. Im September wird er sie dem Grossen Gemeinderat zur Kenntnisnahme unterbreiten, und er wird darstellen, wie er bezüglich der Ortsplanungsrevision und der Verkehrskonzeptrevision vorzugehen gedenkt. Der Gemeinderat sucht den Dialog mit dem Parlament, und er wird ihn auch ernst nehmen. Das bringt uns mehr als eine Abstimmung über eine Zahl, die in den Zielen des Gemeinderats gar nicht mehr vorkommt.

Rahel Wagner (EVP): Es ist unbestritten, dass an den beiden Bevölkerungsforen vom August und Oktober 2007 klar zum Ausdruck kam, die Gemeinde solle nicht primär auf 18'000 Einwohner anwachsen. Es sei besser, die Grünräume zu erhalten. Das ist auch die Grundmeinung der EVP. Warum werden wir die vorliegende Motion trotzdem ablehnen?

1. Das Begehren der Motion ist unverhältnismässig, unnötig und schlussendlich sinnlos. Niemand kann doch festlegen, dass die Einwohnerzahl nur auf eine bestimmte Grösse anwachsen darf. Wir wissen, dass die Menschen heute viel mehr Wohnraum beanspruchen, als dies noch vor wenigen Jahrzehnten der Fall war. So erinnere ich daran, dass Ostermundigen im Jahr 1983 - also vor mehr als 20 Jahren, wo Ostermundigen zudem noch kleiner war - bereits einmal nahezu 18'000 Einwohner zählte (auch nachzulesen in der neuen Broschüre „Reise durch Ostermundigen“). Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisen kann sich die Situation schnell wieder ändern, indem die Menschen in den Wohnungen wieder mehr zusammenrücken müssen.
2. Eine Volksabstimmung verursacht sehr hohe Kosten. Ich nehme an, dass die Bevölkerung die Möglichkeit hat, über die Revision der Ortsplanung abzustimmen. Ganz sicher kann aber via fakultatives Referendum eine Volksabstimmung verlangt werden. Damit können die Stimmberechtigten direkt auf die Erhaltung von Grünräumen Einfluss nehmen.
Auch jede Zonenplanänderung muss durch den GGR unter Vorbehalt des fakul-

tativen Referendums entschieden werden. Wird das Referendum ergriffen, kann auch da die Bevölkerung entscheiden.

3. Die in der Motion geforderte Abstimmung durch die Bevölkerung hat evtl. gar keinen verbindlichen Charakter, da es sich - meiner Meinung nach - um eine sogenannte Konsultativabstimmung handeln würde. Es wäre also eher eine Art Volksbefragung, an deren Resultat sich die zuständigen Behörden nicht unbedingt halten müssen. Das wäre aber juristisch noch abzuklären.
4. Ein Bevölkerungswachstum wird nicht ausschliesslich nur mit Neueinzonungen erreicht. Auch im verdichteten Bauen liegt ein grosses Potential für einen Anstieg der Einwohnerzahlen.

Aus all den erwähnten Gründen ist es sinnlos, eine solche Abstimmung, wie sie in der Motion gefordert wird, durchzuführen. Die EVP-Fraktion lehnt die Motion ab.

Rudolf Mahler (SP): Ich kann mich der Vorrednerin, Rahel Wagner, anschliessen. Die Motionäre möchten die Siedlungsentwicklung durch eine Zahl steuern. Dies ist nicht der richtige Weg. Jeder Gemeinde muss eine massvolle Entwicklung zugestanden werden. Wie dann diese Entwicklung auszugestalten ist (z. B. innere Verdichtung oder mit Einzonungen), muss noch entschieden werden. Dem Gemeinderat obliegt die Kompetenz, die „Leitlinien zur Siedlungsentwicklung“ zu erarbeiten. Diese können anschliessend im Parlament diskutiert werden. Der Weg via Motion ist nicht der Richtige und die SP-Fraktion wird deshalb die Motion ablehnen.

Peter Wegmann (FDP): Auch die FDP-Fraktion wird die Motion nicht unterstützen. Besten Dank den Vorrednern. Sie haben alles Wesentliche erwähnt. Zu einem Punkt möchte ich noch etwas anfügen. Heute Abend haben wir über die Rechnung 2008 debattiert und zur Kenntnis genommen. Wir kennen den Finanzhaushalt der Gemeinde Ostermundigen. Ohne gewissen Zuwachs werden wir den Etat nicht mehr kostendeckend führen können. Wir befinden uns in einer gewissen Zwangssituation. Die Flucht nach vorne ist anzutreten; entsprechende Perspektiven sind vorhanden. Genügend Freiflächen und Grünzonen werden uns weiterhin begleiten. Ich zweifle nicht daran, dass die Exekutive den richtigen Weg einschlagen wird und dementsprechend unser Vertrauen verdient.

Walter Bruderer (FORUM): Ich habe mit einer allseitigen Ablehnung gerechnet. Trotzdem hat unser Vorstoss Sinn gemacht. Ich habe bereits mit sehr vielen Personen über die Thematik gesprochen und ausgelotet, ob Ostermundigen wachsen und zur Stadt werden soll oder nicht. Ich bin überzeugt, dass viele Leute die Meinung vertreten, dass Ostermundigen auch in Zukunft eine eigenständige Gemeinde bleiben soll. Wir sollten nicht jeden Quadratmeter Grünfläche überbauen! Diese Überzeugung teilen viele Bürgerinnen und Bürger.

Eine Konsultativabstimmung ist finanziell tragbar. Anschliessend kennt der Gemeinderat den Willen der Bevölkerung zu diesem Thema. Er weiss auch, wie viel Landflä-

che neu eingezont werden muss, um auf 18'000 Einwohnende heranwachsen zu können. Die 18'000 Einwohner stammen nicht von mir, diese Zahl wird im Verwaltungsbericht erwähnt. Ich habe kein Ziel, um eine bestimmte Bevölkerungsmenge zu erreichen. Wir können immer argumentieren und sagen, das geht Ostermundigen nichts an oder interessiert Ostermundigen nicht. Diese Auffassung teile ich nicht und deshalb halte ich an der Motion fest.

Ratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Der Grossen Gemeinderat fasst mit 34 zu 4 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Motion FORUM-Fraktion betreffend Ortsplanungsrevision durch die Stimmberechtigten wird begründet, beantwortet und abgelehnt.

36 10.374 Interpellationen
60.115 Altersfragen
60.535 Alterssiedlungen

Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Wohnraum für Betagte; Begründung und Beantwortung

Wortlaut

Heute werden die meisten Personen alt. Viele Betagte möchten so lange wie möglich in ihren vier Wänden leben und nutzen dabei ihre lieben Verwandten, Bekannten und Nachbarn sowie die gut organisierte SPITEX als geeignete Hilfe und Unterstützung. Andere Betagte suchen bewusst einen Ort, wo sie sich wohl fühlen und auf möglichst angenehme Weise das Alter zusammen mit gleichgesinnten Personen geniessen können.

Wir wissen nicht, ob es für die zweitgenannten, betagten Personen in Ostermundigen und in naher Umgebung ein genügend grosses Wohnungsangebot gibt, das aus finanzieller Sicht für jede der Personenkategorien aus Sicht „Einkommen und Vermögen“ erschwinglich ist.

Frage

Gibt es in Ostermundigen genügend geeigneten Wohnraum für betagte Personen jeder Einkommens-/Vermögenskategorie?

Falls ja:

Warum sind viele ältere Personen über die Angebote nicht informiert? Ist die Gemeinde bereit, diese Info-Lücke gezielt zu schliessen?

Falls nein:

Welche Möglichkeiten besteht für die Gemeinde, das Manko rasch und gezielt zu beheben oder mindestens spürbar zu lindern? Ist der Gemeinderat bereit, diesbezüglich zielkonform zu handeln?

Roland Rüfli (FORUM): Nach der Pension möchten es alle noch ein wenig gemütlich haben und möglichst lange gesund bleiben. Wenn diesem Wunsch nicht mehr entsprochen werden kann, kommen oftmals die Spitex resp. die Verwandtschaft zum Zuge. Als letzten Gang wird dann die Unterbringung in ein Altersheim gewählt. Aus diesem Grund habe ich die vorerwähnte Frage zuhanden des Gemeinderates verfasst.

Gemeinderätin Aliko Panayides (SVP): Ostermundigen und die nahe Umgebung bieten eine ganze Reihe von unterschiedlichen Angeboten für das Wohnen im Alter. Zu nennen sind hier als Beispiele das Altersheim Steingrübli und die Pflegeinstitution Libella Stiftung, die beide auch Alterswohnungen mit betreutem Wohnen anbieten, aber auch das eben eröffnete Tertianum mit höherem Standard. Im Weiteren ist fest-

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Mai 2009

zustellen, dass erfreulicherweise Neubauten immer häufiger alters- und behindertengerecht gebaut werden.

Im Altersleitbild bekennt sich die Gemeinde Ostermundigen zur Gewährleistung einer Infrastruktur, welche das Leben und Wohnen in Ostermundigen auch für ältere Menschen attraktiv und sicher macht.

Der Gemeinderat räumt aber ein, dass im Segment der günstigen Angebote noch Potential besteht und hat mit den bestehenden Institutionen, sowie potentiellen Investoren auch bereits das Gespräch gesucht. Bei den Gesprächen geht es sowohl um Investitionen in alters- und behindertengerechte Wohnungen, wie auch um den Ausbau des Angebots an betreutem Wohnen. Die Rolle der Gemeinde ist also die, geeignetes Bauland zur Verfügung zu stellen. Es ist jedoch zu früh, um über konkrete Projekte zu informieren.

Festzuhalten ist aber, dass die Planung von Wohnungen in Kombination mit Pflege immer stärker regionalisiert wird. Die Rolle der Gemeinde wird also immer stärker zurück gedrängt. So sollen Institutionen künftig möglichst selbsttragend funktionieren, in dem die Tarife so anzusetzen sind, dass auch Investitionen davon finanziert werden können und die Ergänzungsleistungen die Tarife abdeckt. Das heisst, es ist nicht mehr so, dass die Gemeinde Plätze zur Verfügung stellt und Defizite garantiert. Der Gemeinderat bekennt sich klar zu einer Alterspolitik in Ostermundigen, die vor Ort ein ausgewogenes Angebot bietet. In diesem Sinne macht sich der Gemeinderat auch bei der regionalen Planung für einen attraktiven Standort Ostermundigen stark.

Was die Informationsquellen anbelangt, gibt es in der Gemeinde zahlreiche Möglichkeiten und Ansprechpartner. Zu nennen wäre hier der „Wegweiser“, der auf der Gemeindeverwaltung bezogen werden kann und auch auf der Homepage der Gemeinde zu finden ist, der alle nützlichen Adressen, auch zum institutionellen Wohnangebot, beinhaltet. Informationen geben auch die Institutionen gerne, sowohl die bereits genannten Stiftungen wie auch Pro Senectute und weitere. Hier besteht aus Sicht des Gemeinderates kein Handlungsbedarf.

Roland Rüfli (FORUM): Ich bin mit der Beantwortung teilweise einverstanden. Ich stelle den **Ordnungsantrag** zur Diskussion.

Ratspräsident: Über den Ordnungsantrag ist sofort zu befinden.

A b s t i m m u n g :

Der Ordnungsantrag von Roland Rüfli wird mit 19 zu 11 Stimmen abgelehnt.

37 10.374 Interpellationen
10.2013 Tram, BernMobil (SVB)

Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Tram nach Ostermundigen - Vorinvestitionen; Begründung und Beantwortung

Wortlaut

Wir haben erfahren, dass die Gemeinde im Hinblick aufs Tram bereits gezielte Vorinvestitionen tätigt bzw. tätigen muss.

Die Stimmberechtigten von Ostermundigen haben am Tag X über die von der Gemeinde Ostermundigen zu tragenden Kosten abzustimmen, bzw. über das dannzumal ausgearbeitete Projekt zu entscheiden. Darum erachten wir es als wichtig, dass sämtliche vor- und nachgelagerten tramrelevanten Investitionen und Aufwände vollständig in die „Tram-Rechnung“ einfließen, d. h. tatsächlich dem verursachenden Projekt belastet werden.

Fragen

- a) *Wird sicher gestellt, dass sämtliche Investitionen und Aufwände im Hinblick auf die Tramrealisierung diesem Projekt und nicht der Einfachheit halber den heutigen Konten „Planung, Wasser, Abwasser, Hochbau, Tiefbau, Kehricht, Strassen, Verkehr etc.“ belastet werden?*
- b) *Wird sicher gestellt, dass Ostermundigens Vorinvestitionen bei der Zuteilung der Kosten transparent sind und mitberücksichtigt werden?*
- c) *Wird sicher gestellt, dass die Stimmberechtigten am Tag X über sämtliche vom Tram direkt oder indirekt verursachten Investitionen und Aufwände informiert sind?*
- d) *Wird im nächsten Finanzplan für die Tramrealisierung mit der Bildung von Rücklagen für dieses grosse Projekt begonnen? Wenn nein: warum nicht?*

Walter Bruderer (FORUM): Unseres Erachtens ist es zwecks Transparenz wichtig, alle vorgezogenen Investitionen für das Tramprojekt von Anfang an separat darzustellen. Bei der Verteilung der Kosten sollte bekannt sein, was die Realisierung für welche Zwecke kostet bzw. gekostet hat.

Zur Frage d): Die Gemeinde sollte im Hinblick auf die erwarteten hohen Investitionen, die im Zusammenhang mit der Tramrealisierung entstehen, ab 2010 gezielte Rücklagen bilden. Die Gemeinde sollte nicht bei jeder grösseren Investition den Gürtel enger schnallen und andere wichtige Investitionen stoppen müssen. Auf die vorgeschlagene Weise könnte auch die gewünschte Steuerreduktion systematisch, und mit weniger Risiken verbunden, ernsthaft angestrebt werden.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Ich kann voraus schicken, dass der GGR an seiner Sitzung vom 2. Juli 2009 über einen Projektierungskredit in der Höhe von ca. Fr. 600'000.-- beschliessen wird. Es handelt sich dabei um den Anteil Ostermundigens an den Kosten für das Vorprojekt. Später erwarten wir einen Projektierungskredit für das Bauprojekt sowie den Baukredit für die durch die Gemeinde zu tragenden Kosten. Im Rahmen des Tramprojekts ist somit mit drei grossen Kreditbeschlüssen zu rechnen. Bei der Festlegung der Zuständigkeit aufgrund der Finanzkompetenzen werden die bereits gesprochenen Kredite wie gewohnt angerechnet. Der Baukredit wird mit Sicherheit in die Zuständigkeit des Volkes fallen.

Frage a)

Da das Tramprojekt als Gesamtprojekt unter der Federführung des Kantons angesehen wird, rechnen wir zur Zeit nicht mit weiteren Investitionskrediten auf Gemeindeebene. So werden z. B. die Kosten für das Ostermündiger Ortsbuskonzept ebenfalls dem Tramprojekt angerechnet. Sollte sich im Verlauf des Projekts zeigen, dass doch noch relevante Kosten auf Gemeindeebene anfallen, würde im Voranschlag ein separates Konto für das Tramprojekt eröffnet. Der interne Aufwand, der durch die Mitarbeit von Verwaltungsangestellten in der Projektorganisation entsteht, wird allerdings nicht separat ausgewiesen.

Die Fragen b) und c) können beide mit ja beantwortet werden, mit dem Hinweis auf den vorhin beschriebenen Detaillierungsgrad.

Frage d)

Mit dem Reglement über die Verwendung von Mehrwertabschöpfungsgeldern haben wir eine Spezialfinanzierung geschaffen. Die in der Spezialfinanzierung eingelegten Abgaben könnten u. a. für bauliche Massnahmen oder Beiträge zur Förderung des öV verwendet werden. Insofern sind bereits Rücklagen vorhanden und es kommen in Zukunft weitere Rücklagen dazu. Aber selbstverständlich können diese Gelder auch für andere Investitionen eingesetzt werden - an möglichen Investitionen fehlt es uns nicht. Ob der Baukredit für das Tram tatsächlich mit Mehrwertabschöpfungsgeldern finanziert werden soll, wird der Gemeinderat (wie im Reglement vorgesehen) mit dem entsprechenden Kreditbeschluss festlegen.

Ohne Reglement dürfen keine weiteren Rücklagen gebildet werden, und es wäre aus finanzpolitischer Sicht nicht zweckmässig, Rücklagen mit Steuergeldern zu finanzieren. Damit würde Eigenkapital in der Spezialfinanzierung „versteckt“ und das wäre nicht transparent. Der Gemeinderat beabsichtigt deshalb nicht, für den Baukredit des Trams eine separate Spezialfinanzierung zu schaffen.

Walter Bruderer (FORUM): Ich bin von der gemeinderätlichen Beantwortung teilweise befriedigt.

38 10.375 Einfache Anfragen
 54.102 Regierungsstatthalter
 54.152 Regionale Zusammenarbeit

Einfache Anfrage Peter Wegmann (FDP) betreffend Zusammenarbeit mit Berner Feuerwehren; Beantwortung

Wortlaut

Den Feuerwehren der Region Bern stehen Entscheidungen über angestrebte Zusammenarbeiten bevor. Zumal die städtische Feuerwehr die Verlegung des aktuellen Stützpunkts im Spitalacker nach Bern-West beabsichtigt. Die amtierende Regierungsstatthalterin Regula Mader hat den Gemeinden daher einen entsprechenden Vertrag vorgelegt.

Frage

Gedenkt die Gemeinde Ostermundigen einem solchen Zusammenarbeitsvertrag vorbehaltlos zu entsprechen oder könnte allenfalls auch die Realisierung eines Stützpunktes für Bern-Ost unter entsprechenden Abfolgen in Betracht gezogen werden?

Gemeinderätin Ursula Norton (EVP): Der Rahmenvertrag regelt gewisse Bereiche der Zusammenarbeit zwischen den Feuerwehren. So einerseits die Kostenverrechnung bei Nachbarschaftshilfe und andererseits die Mindestanforderungen für den „Sofortbedarf innerhalb von 10 Minuten“ und den „Weiteren Bedarf innerhalb von 20 Minuten“ im Brandfall an Personal und Material einheitlich für alle Feuerwehren.

Gegenwärtig laufen verschiedene Abklärungen zur Umstrukturierung und Neuausrichtung unserer Feuerwehr. Dabei finden auch Gespräche mit Nachbargemeinden über eine Zusammenarbeit mit grossen Rettungsgeräten statt. Der vom Regierungsstatthalteramt ausgearbeitete Rahmenvertrag für eine Feuerwehrezusammenarbeit in der Region Bern wurde deshalb im Moment zurückgestellt. Erst wenn die Neuausrichtung unserer Feuerwehr abgeschlossen ist, kann die Frage des Beitritts zum Rahmenvertrag abschliessend beurteilt werden.

Die Realisierung eines Feuerwehr-Stützpunktes „Bern-Ost“ ist im Moment kein Thema. Vielmehr hat die Berufsfeuerwehr Bern noch gewisse freie Kapazitäten, um in Nachbargemeinden auszuweichen. Auch die Aufgabe der eigenen Feuerwehr steht nicht zur Diskussion. Weitere Informationen können wir zusammen mit dem Budget 2010 abgeben.

Orientierungen des Gemeinderates

Behörden- und Verwaltungsreform (BVR); Stand des Geschäfts

Regula Unteregger (Vorsitzende der nichtständigen parlamentarischen Kommission): Der erste Meilenstein konnte abgeschlossen werden. Diesem zu Grunde liegen die Entscheide der Spezialkommission sowie des Gemeinderates. Am 2. Juli 2009 wird dem Parlament das Geschäft zur Kenntnisnahme und für die ersten Grundsatzentscheide vorgelegt.

Zusammenleben in Ostermundigen (ZiO): Von der Vision zu konkreten Massnahmen

Gemeinderätin Ursula Norton (EVP): Der Gemeinderat hat zur Förderung der gesellschaftlichen Integration im Frühling 2007 - also vor 2 Jahren - das Projekt „ZiO - Zusammenleben in Ostermundigen“ ins Leben gerufen. Ziel des Projektes ZiO ist es, dass möglichst viele Einwohnerinnen und Einwohner sich gesellschaftlich gut integrieren können. Alle sollen soweit möglich die notwendigen Hilfen erhalten, um an der Gesellschaft chancengleich partizipieren zu können. Alle sollen die Grundwerte unserer Gesellschaft respektieren. Die Arbeit und der Erwerb der hiesigen Sprache sollen als zentrale Faktoren der Integration gelten. Dabei ist klar: Integration betrifft nicht nur Ausländerinnen und Ausländer. Das Angebot des Projektes ZiO steht sowohl schweizerischen wie ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern zur Verfügung. Eine verbesserte Integration kann nur gemeinsam mit den Einwohnerinnen und Einwohnern von Ostermundigen gelingen. Auf der Basis einer breiten Umfrage hat der Gemeinderat schliesslich verschiedene Projekte beschlossen.

Auf den Tischen habt Ihr ein Blatt vorgefunden, das den Weg „von der Vision zu konkreten Massnahmen“ aufzeigt. Im Zentrum die Vision, im Ring darum herum das Konzept, und aussen herum die Massnahmen, die beschlossen und zum grossen Teil bereits umgesetzt oder in Umsetzung sind. Das Positive an diesem Projekt ist zudem, dass hier abteilungsübergreifend gearbeitet wird. Gerne informiere ich euch über das eben - im April - angelaufene Projekt „Integrationsvereinbarung“, das von der Öffentliche Sicherheit zusammen mit der Abteilung Soziales bearbeitet wird. Über den Stand in zwei weiteren Projekten wird euch Gemeinderat Urs Rüedi anschliessend kurz informieren.

Das Projekt „Integrationsvereinbarung“ ist ein Pilotprojekt, das wir in Zusammenarbeit mit dem Kanton, der sich auch finanziell beteiligt, durchführen. Mit einer Mischung von Förderangeboten und Forderungen soll der Integrationsprozess von hier lebenden Migrantinnen und Migranten, insbesondere das Erlernen der deutschen Sprache, gefördert werden. Die ins Programm aufgenommenen Migrantinnen und Migranten erhalten Hilfe und Beratung bei ihrer Integration. Gleichzeitig wird die Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung (Ausweis B) an bestimmte individuelle Bedingungen geknüpft. Diese Bedingungen werden in regelmässig stattfindenden Bera-

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Mai 2009

tungsgesprächen mit einer Integrationsberaterin (pro Jahr ca. 4 bis 5 Gespräche) festgelegt und laufend überprüft. Selbstverständlich ist an diesen Treffen jeweils eine übersetzende Person anwesend.

Das Primärziel ist:

- Integration ab dem 1. Tag: Beratung und Integrationsförderung von neuzugewanderten Personen aus dem Ausland mit besonderem Unterstützungsbedarf im Bereich „Integration“.
- Fördern und Fordern: Klarheit schaffen darüber, welche Integrationsleistungen von den Einwandernden erwartet wird und was sie umgekehrt an Förderung erwarten können.
- Verbindlichkeit schaffen: Festhalten der jeweils individuellen Zielsetzung (z. B. Spracherwerb) in einer Integrationsvereinbarung, welche als Auflage bei der Erteilung der Aufenthaltsbewilligung gilt.

Und warum in Ostermundigen?

- Vorgabe ZIO gleich Erwartungen klären → Anforderungen am Anfang klarstellen.
- Fordern braucht Fördern: Ostermundigen hat ein breites Förderangebot.
- Integrationsvereinbarung ist eine Massnahme von vielen; nicht flächendeckend, sondern gezielte Einzelfallanwendung → Ein Stein im Massnahmenpuzzle.

Gemeinderat Urs Rüedi (SVP): Die Ausführungen von Ursula Norton haben aufgezeigt, wie die Massnahmen im grünen Kreis der Präsentation funktionieren. Ich möchte über Massnahmen Auskunft geben, welche in der Abteilung Vormundschaft/Justiz zum Tragen kommen:

schrittweise: Sogenannte Hausbesucherinnen gehen Familien besuchen. Die Defizite der Familien werden eruiert. In spielerischer Art sollen die Kinder und die übrigen Familienmitglieder gefördert werden. Der GGR hat diesem Projekt im letzten Jahr zugestimmt und 25 Plätze bewilligt. Diese Plätze sind bereits heute alle vergeben. Grundsätzlich wird in drei Etappen gearbeitet. Mit 15 Familien wurde bereits im November 2008 begonnen, mit sieben Familien im März 2009 und weiteren drei Familien im Juni 2009. In drei verschiedenen Sprachgruppen (albanisch, tamilisch, deutsch) wird gearbeitet. Die Hausbesucherinnen konnten problemlos eruiert werden. Als „Fachfrau“ kann dem Parlament Renate Bolliger ergänzende Auskünfte von der Basis aus erteilen.

Auch in der Sponsorensuche konnten Erfolge verzeichnet werden. Die kantonale Gesundheits- und Fürsorgedirektion konnte für das Projekt Fr. 140'000.-- einbringen. So können fast ein Drittel der Projektkosten finanziert werden.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Mai 2009

Aktion Lehrstellen- und Praktikumsplätze (ALP) Grauholz: Hier handelt es sich um einen Verein bestehend aus vielen Freiwilligen. Den Jugendlichen soll der Berufseinstieg mittels Coaching erleichtert werden. Die Jugendlichen müssen sich beim Jugendamt oder direkt beim ALP melden. Die Fähigkeiten für die Berufswünsche werden geklärt. Wichtig am Ganzen ist, dass die Jugendlichen mitmachen wollen. Ein selektives Verfahren wird angewendet. Das ALP konnte im letzten Jahr eine Erfolgskontrolle (Vermittlung an weitergehende Institutionen wie Praktikumsplatz, Lehrstelle, Attestlehrstelle etc.) von 75 % vermelden. Der Gemeinderat hat dem Mitmachen per 1.1.2009 zugestimmt. Die jährlichen Kosten belaufen sich auf rund Fr. 30'000.--. In das Budget 2010 sind Fr. 50'000.-- aufzunehmen, da mit der allgemeinen Wirtschaftslage mehr Teilnehmende erwartet werden.

An der letzten Hauptversammlung im April 2009 wurde ich in den Vorstand des Vereins gewählt. Vereinsmitglieder sind die Gemeinden Zollikofen, Münchenbuchsee, Mattstetten, Jegenstorf, Kirchlindach, Moosseedorf, Urtenen-Schönbühl, Bolligen, Ittigen, Bremgarten und Ostermündigen. Detaillierte Informationen können auf der Homepage: www.alpgrauholz.ch in Erfahrung gebracht werden.

Verwaltungszentrum; Stand des Geschäfts

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): An früheren Sitzungen habe ich bereits über die Absichten des Gemeinderates informiert. Das Geschäft wird nun an der GGR-Sitzung vom 10. September 2009 behandelt. Der Souverän soll am 29. November 2009 entscheiden können. Wenn alles planmässig verläuft, wird einem Umzug in der zweiten Hälfte 2012 nichts mehr im Wege stehen.

Bernstrasse 31 (alte Post); Sanierung

Gemeinderat Egon Julmi (FDP): In einem vorangegangenen Traktandum haben wir die Rechnung 2008 behandelt. Im Rahmen des sorgfältigen Umgangs mit Steuergeldern sieht sich der Gemeinderat veranlasst, den GGR über das Geschäft „Bernstrasse 31 und die getroffenen Massnahmen“ zu informieren. Am 10. Mai 2007 hat der GGR den Kreditantrag über Fr. 310'000.-- für die Sanierung (ohne Minergie) zurückgewiesen. Gleichzeitig hat das Parlament beantragt, die Desinvestition zu prüfen und den Gesamtanierungsbedarf der Liegenschaft aufzuzeigen.

Umfangreiche Diskussionen und Abwägen aller Fakten und Möglichkeiten zwischen Exekutive und Verwaltung zeigen, dass man

- die rentable und strategisch wichtige Liegenschaft bis zum Vorliegen konkreter Resultate im ESP Bahnhof - wird sicher zum Thema beim Projekt „Tram Region Bern“ - (d. h. während ca. 10 Jahren, ist für ein Gebäude eine kurze Zeit) nicht verkauft;

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Mai 2009

- zur Überbrückung dieses Zeitraums nur der ordentliche jährliche Unterhalt ausführt, heisst lediglich eine Minimalsanierung (ohne Minergie) vorsieht;
- nach dem Vorliegen der Parameter zur Umsetzung im ESP Bahnhof (bei neuen Erkenntnissen eventuell früher) sollen die Fragen über Verkauf und Minergiesanierung erneut gestellt werden;
- auf die Sanierung der Gebäudehülle im Minergiestandard soll zum heutigen Zeitpunkt verzichtet werden. Es müssten dafür mit Gesamtkosten von rund Fr. 590'000.-- gerechnet werden. Diese hohen Ausgaben sollen erst getätigt werden, wenn sicher ist, dass das Gebäude im Gemeinbesitz bleibt. Im Rahmen der vorgesehenen Minimalsanierung werden nur solche Investitionen gemacht, welche die spätere Minergiesanierung nicht behindern. Wenn das Gebäude verkauft wird, soll der neue Besitzer die energierelevanten Entscheide selber fällen;
- aus den vorgenannten Gründen hat der Gemeinderat für die dringendsten Sanierungsarbeiten am Gebäude (ohne Minergiestandard) zu Lasten der Investitionsrechnung ein Kredit von Fr. 192'000.-- bewilligt. Beinhaltet auch die sicherheitsrelevanten Bereiche (z. B. Balkongeländer). Die Arbeiten werden voraussichtlich im Laufe des Jahres vorgenommen;
- gegenüber dem Sanierungsprojekt vom Mai 2007 wo wir für den GGR Kosten von Fr. 310'000.-- ausgewiesen haben, wird auf die Sanierung des Daches verzichtet. Erneute Detailabklärungen haben ergeben, dass mit der Sanierung dieses Bauteils noch gut 10 Jahre zugewartet werden kann. Die notwendigen Reparaturen können in dieser Zeitspanne noch im Rahmen des ordentlichen jährlichen Unterhalts umgesetzt werden. Der vorläufige Verzicht auf die Sanierung des sehr komplexen Mansardedachs ergibt zum heutigen Zeitpunkt locker die Einsparung von weit über Fr. 100'000.--. Die Dachsanierung (inkl Minergiestandard) kann auf die Zeit nach dem Verkaufsentscheid hinausgeschoben werden, sofern dann die Liegenschaft noch im Eigentum der Gemeinde verbleibt.
- Übrigens: ein derzeitiger Verkaufserlös der Liegenschaft würde durch die unklare Situation ESP Bahnhof eher gering ausfallen. Dies ist ein weiterer Grund, die Liegenschaft heute nicht zu verkaufen und zuzuwarten bis der ESP Klarheit bringt. Dann aber ist ein guter Verkaufserlös sehr wahrscheinlich.

In eigener Sache: Im Gegensatz zu gegenteiligen Äusserungen eines GGR-Mitgliedes in der „Bantiger Post“ habe ich bis heute kompetente Verwaltungsangestellte angetroffen, welche gute Arbeit leisten und ihre Aufgaben kennen. Ich kann versichern, dass die Arbeitsqualität der Verwaltung einen hohen Stellenwert ausweist. Stets wird versucht, mit den Steuergeldern sparsam umzugehen. Es kann vorkommen, dass nicht ersichtliche Dinge (z. B. Unterbodenflächen) nicht im STRATUS enthalten sind und erst später bewirtschaftet werden können. Dieser Sachverhalt hat jedoch nichts mit Unprofessionalität zu tun!

40 10.2011 Bus, BernMobil (SVB)
10.2013 Tram, BernMobil (SVB)

Tram Region Bern: Einsetzung einer nichtständigen Spezialkommission; Antrag SVP-Fraktion vom 14. Mai 2009

Thomas Wegmüller (SVP): Informationen sind sehr wichtig. Die SVP-Fraktion möchte den Antrag für eine nichtparlamentarische Kommission einbringen. Mit dem Tram nach Ostermundigen sollen möglichst früh Informationen bekannt gegeben werden. In der Tramdelegation sind momentan drei Vertretende von Ostermundigen (Gemeindepräsident, Planer, Abteilungsleiter TBA) eingesetzt. Für die SVP-Fraktion ist dies zu wenig. Die Informationen über dieses Millionenprojekt können nicht genügend übermittelt werden. Bereits an der nächsten GGR-Sitzung soll über ein Vorprojektkredit von über 0,6 Mio. Franken debattiert werden.

Wie kann die Situation verbessert werden? Eine nichtständige Spezialkommission soll ins Leben gerufen werden. Der **Antrag** lautet wie folgt:

Ausgangslage

Die heutige Buslinie 10 von Köniz nach Ostermundigen soll auf Trambetrieb umgestellt werden. Dies ist das Resultat aus verschiedenen Entwicklungsprozessen von Kanton und Gemeinden. Um die Bundesmittel aus dem Infrastrukturfonds zu erhalten, muss das Projekt bis 2014 zur Baureife gebracht werden. Beim Kanton liegt die Federführung. Dieser hat mit einer Medienkonferenz am 13. Januar 2009 das Projekt offiziell gestartet. Wie üblich sind viele Fragen offen. Fragen die momentan nicht, oder nur in einem sehr ungenauen Bereich beantwortet werden können. Es gilt ein grosses Projekt mit für alle Beteiligten noch vielen Unbekannten anzuschieben.

Der Einsatz einer Spezialkommission „Tram Region Bern“ als Kommunikationsstelle innerhalb unserer Gemeinde; zwischen Allen an diesem „Jahrhundertprojekt“ Beteiligten; ist für uns unumgänglich.

Wir stellen daher, gestützt auf Artikel 67, 68 und 69 der Gemeindeordnung (GO) und Artikel 24 der Geschäftsordnung des GGR folgenden

Antrag

Punkt 1:

Der GGR beschliesst die Einsetzung einer nichtständigen Spezialkommission „Tram Region Bern“, mit Wahl an der GGR Sitzung am 2. Juli 2009.

Punkt 2:

Die Spezialkommission besteht aus maximal 11 Mitgliedern. Zusammengesetzt aus jeweils einem Vertreter der Parteien, sowie der Vereinigung PRO Ostermundigen, Arbeitsgemeinschaft Rüti (AGR) und der Kommission für Altersfragen.

Punkt 3:

Die Spezialkommission hat folgende Aufgaben wahr zu nehmen:

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Mai 2009

1. *Wahl eines Präsidenten, Vizepräsidenten und Protokollführers.*
2. *Entgegennahme regelmäßiger und direkter Informationen über den Projektstand.*
3. *Vorberatungen der Geschäfte, mit Berichten an das Parlament.*
4. *Der Auftrag der Kommission dauert bis Ende 2014.*

Punkt 4:

Im Organigramm des Kantons (Tram Region Bern) wird die Kommission im Bereich Leistung / Partizipation aufgeführt.

Wir rechnen damit, dass pro Jahr ungefähr vier Kommissionssitzungen stattfinden werden

Die Spezialkommission soll bis Ende 2014 begrenzt sein. Pro politische Partei soll ein Mitglied in der Spezialkommission vertreten sein. Auch die Direktbetroffenen sollen ihre Vertretenden delegieren dürfen. Die Gemeinde Köniz hat bereits eine solche Kommission ins Leben gerufen. Die Spezialkommission ist ohne Entscheidungsgewalt versehen, sie transferiert lediglich Informationen an die kommunalen Behörden weiter.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Im Projekt „Tram Region Bern“ wird der Partizipation ein grosser Stellenwert eingeräumt. Eine Begleitgruppe soll eingesetzt werden. Dieser Spezialkommission steht nichts entgegen; sie wird begrüsst. Der Gemeinderat begrüsst die Initiative seitens des GGR. Bei den Baukrediten und Beschlüssen seitens der Gemeinde werden die Planungskommission, Fachausschuss für Bau und Umweltfragen (FABU) oder die Geschäftsprüfungskommission (GPK) ihre Funktionen wahrnehmen. Der Gemeinderat empfiehlt dem Parlament, dem Antrag zuzustimmen.

Christian Zeyer (SP): Wir verstehen das Eilzugstempo der SVP-Fraktion in dieser Angelegenheit nicht ganz. Die SP-Fraktion ist der Auffassung, dass das Thema primär diskutiert und studiert werden muss. An der nächsten Sitzung werden wir uns intensiv mit dem Tram auseinander setzen. Es wäre nun falsch, den vorliegenden Antrag bereits heute zu verabschieden.

Thomas Wegmüller (SVP): Zum Thema „Tempo“: Im Jahre 2014 soll mit dem Bau begonnen werden, um in den vollen Genuss der Bundessubventionen zu gelangen. Wenn wir uns heute Abend für diese Spezialkommission entscheiden können, laufen wir von Anfang an mit dem Projekt mit. Ich bitte den GGR, sich nicht zögerlich zu verhalten und dem Antrag zuzustimmen. Es ist vertretbar, dass bis zur nächsten Sitzung am 2. Juli jede Partei ihren Vertretenden bestellen kann.

Eduard Rippstein (CVP): Ich kann den Antrag unterstützen. Aus meiner persönlichen Erfahrung müssen wir zugunsten der Information und in Bezug auf das Tram Region Bern etwas unternehmen. Auf meine Anfrage betreffend den von mir erstel-

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Mai 2009

len Messungen und Zeitpläne habe ich bis heute von BernMobil keine Antwort erhalten. Das Parlament ist aufgefordert, bei diesem Projekt eine aktive Rolle zu übernehmen.

Peter Wegmann (FDP): Ich möchte dem Antragsteller mitteilen, dass wenn das Portemonnaie für diese Tranche (das Projekt ist in mehrere Tranchen unterteilt) zu bleibt, im Jahre 2014 kaum mit dem Bau begonnen werden kann, d. h. das Projekt verzögert sich um weitere vier Jahre. Dieser Sachverhalt ist hier nicht massgebend. Ich und die FDP-Fraktion unterstützen den Antrag der SVP-Fraktion. Das Projekt ist für die Bevölkerung über mehrere Generationen hinweg so bedeutend, dass eine aktive Information hier vorausgesetzt werden darf, zumal unsere Verantwortung nicht zu unterschätzen ist. Je intensiver wir uns mit dem Tram befassen und je mehr Meinungen vertreten sind, desto konstruktiver resp. je besser kommt letztendlich die neue Tramlinie zum Tragen.

Walter Bruderer (FORUM): Auch das FORUM kann die Bildung dieser Spezialkommission unterstützen. Bereits vor rund dreiviertel Jahren habe ich im Parlament den Antrag über „Zielsetzungen“ gestellt. Der GGR hat diesen Antrag unisono abgelehnt. Zufälligerweise ging es damals auch um das Tramprojekt.

Norbert Riesen (SP): Die SP-Fraktion will auch mitdiskutieren und den Antrag nicht im vornherein ablehnen. Eine Präzisierung möchte ich anbringen:

- Wir sprechen bei der Zusammensetzung von Parteien, welche im GGR vertreten sind. Dieser Sachverhalt scheint logisch zu sein. D. h. wir sprechen über sieben Parteien.
- Wenn wir die Spezialkommission mit Vertretenden aus Kommissionen aufmischen wollen, sollten die betroffenen Rütibewohnenden mit dem Quartierverein „AGR Rüti“ vertreten sein. Danach wird es schon problematisch: Wieso die Kommission für Altersfragen? Für mich gibt es keinen zwingenden Grund für die Alterskommission. Bei PRO Ostermundigen ist der Sachverhalt derselbe. Die Gewerbebetriebe sind wichtig, doch die Wohnlichen- sowie die Verkehrsorganisationen dürfen nicht vernachlässigt werden.

Ich würde gerne noch die Diskussion über eine sinnvolle Zusammensetzung führen. Mein Vorschlag: Eher schlank, d.h. 7 Parteien plus die AGR Rüti.

Thomas Wegmüller (SVP): Ich versuche die Überlegungen der SVP-Fraktion darzulegen. Das Tram führt durch die Bernstrasse hinauf in die Rüti. Mir ist keine Organisation ausser PRO Ostermundigen bekannt, welche auf die Bernstrasse Einfluss nimmt. Die Organisation AGR Rüti ist unbestritten. Die Kommissionen „Alter“ und „Jugend“ sind eine Idee wert. Heute wollen die alten und die jungen Leute mitreden können. Wir sprechen über die Zukunft der nächsten 100 Jahre. Ob die Kommission

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Mai 2009

aus 10, 12 oder 13 Mitglieder besteht, muss der GGR selber bestimmen. Auch ich befürworte eine „schlanke“ Spezialkommission.

Renate Bolliger (EVP): Ich war Mitglied der Begleitgruppe „Projekt Tram Region Bern“. Regierungsrätin Egger-Jenzer resp. der Kanton will die Tramlinie 10 um jeden Preis realisieren. Die vielen noch zu lösenden Knackpunkte sind allen bekannt. Ich habe mich gefragt, wie die Vorlage schlussendlich dem Souverän verkauft werden kann, damit dieser der Einführung des Trams zustimmt. Das Projekt muss in einem breiten Personenkreis diskutiert werden. Eine gute Information für alle ist unerlässlich. Die EVP-Fraktion stimmt der Bildung einer Spezialkommission zu.

Eduard Rippstein (CVP): Mein Vorschlag: Stimmen wir über den Antrag ab. Anschliessend können die Parteivertretenden den Teilnehmerkreis inkl. Institutionen bestimmen (nach meiner Rechnung sind es 6 Parteien) und zuhanden der nächsten GGR-Sitzung die Vorschläge einbringen.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Ich möchte noch eine formale Anmerkung anbringen. Wir diskutieren hier nicht über eine Motion, sondern über einen Antrag aus der Mitte des Parlamentes. Das Geschäft liegt in der Zuständigkeit des Parlamentes und deshalb darf das Parlament auch die Spezialkommission einsetzen.

Aus der Sicht des Projekts „Tram Region Bern“ sei noch erwähnt, dass Begleitkommissionen vorgesehen sind. Es wird voraussichtlich zwei Arten von Foren geben: Kommissionen bestimmt durch GGR-Mitglieder und offene Foren für die Teilprojekte. Hier können alle Interessierten mitmachen. Es gibt verschiedene Möglichkeiten der Partizipation.

Der Gemeinderat hat sich dafür entschieden, dass die Teilnehmenden zuhanden der nächsten GGR-Sitzung bestimmt werden und diese dann am 2. Juli 2009 durch das Parlament gewählt werden. Eine Mischform ist möglich.

Norbert Riesen (SP): Ich möchte die Anregung von Eduard Rippstein unterstützen. Den Vorschlag von maximal 11 Personen können wir gutheissen. Die Spezialkommission sollte nicht zu gross sein. Die AGR Rüti und das Gewerbe sollten ebenfalls in der Kommission vertreten sein.

Eduard Rippstein möchte ich noch anfügen, dass die Rechtslage klar ist: Im GGR sind sieben Parteien und sechs Fraktionen vertreten. Die Personen werden jeweils als Parteimitglied in die Kommission gewählt. Die Zusammensetzung kann noch diskutiert werden.

Thomas Wegmüller (SVP): Besten Dank den Vorrednern. Wir können uns mit dem Vorschlag einverstanden erklären und werden die Spezialkommission zuhanden der nächsten GGR-Sitzung am 2. Juli 2009 mit Mitgliedern besetzen. Doch eine weitere

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Mai 2009

Verzögerung sollte unbedingt vermieden werden. Wie der Geschäftsablauf für die Bestimmung der Teilnehmenden vorzunehmen ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

Marianne Meyer (Gemeindeschreiberin): Bei diesem Antrag müssen die Parteien die Initiative ergreifen. Die Mitglieder der Spezialkommission inkl. die Institutionen sind der Gemeindeschreiberei bis spätestens am 5 Juni 2009 zu melden. Alsdann wird das Ratsbüro zuhanden der nächsten GGR-Sitzung eine entsprechende Botschaft erstellen.

Motion CVP-Fraktion betreffend Kostenbewusstsein bei parlamentarischen Vorstössen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, bei der Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen (Einfache Anfragen, Postulate, Motionen, Interpellationen) künftig anzugeben, welchen personellen und finanziellen Aufwand die Bearbeitung des jeweiligen Vorstosses verursacht hat (z. B.: *„Die Kosten für die Beantwortung dieses Vorstosses betragen 1 680.-- Franken.“*).

Begründung

Die Zahl der parlamentarischen Vorstösse nimmt laufend zu. An und für sich ist es erfreulich, dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier ihre Aufgabe ernst nehmen und in Form von Einfachen Anfragen, Postulaten, Motionen und Interpellationen berechnete Anliegen der Bevölkerung in die politische Diskussion bringen. Vielfach führen Vorstösse zu Verbesserungen.

Vielfach sind sich die Urheberinnen und Urheber von Vorstössen nicht bewusst, dass die Antwort auch auf die einfachste Anfrage die Verwaltung Geld und Zeit, die man anderweitig nutzen könnte, kostet. Unsere Motion/unser Postulat hat zum Ziel, dieses Kostenbewusstsein zu fördern und die GGR-Mitglieder zu motivieren, vor dem Einreichen eines Vorstosses eine Kosten-/Nutzenüberlegung zu machen. Vieles liesse sich nämlich mit einem einfachen Telefonanruf schneller und günstiger erledigen.

Bei der Umsetzung unseres Vorstosses könnte sich die Gemeinde Ostermundigen am Beispiel des Kantons Aargau orientieren. Seit dem 1. April 2001 wird jeweils am Ende der regierungsrätlichen Antwort auf einen parlamentarischen Vorstoss der Satz vermerkt: *„Die Kosten für die Beantwortung dieses Vorstosses betragen Franken.“*

eingereicht am 6. Mai 2009

sig. E. Rippstein
M. Weibel

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Mai 2009

Persönliche Erklärung

Walter Bruderer (FORUM): Die auf den Ratstischen verteilte Einladung der Bulgarischen Botschaft habe ich als Mitglied der Kommission für Gemeindepartnerschaften erhalten. Das Detailprogramm für diesen Anlass vom 24. Mai 2009 auf dem Bundesplatz wird der Ratssekretär bei Erhalt noch verteilen.

NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES

Der Präsident:

Der Ratssekretär:

Bruno Schröter

Jürg Kumli

Der Stimmzähler:

Der Stimmzähler:

Roland Rüfli

Roger Schär